



FGW-Studie
Vorbeugende Sozialpolitik 06



Maria Icking, Ulrich Deinet

Offene Kinder- und Jugendarbeit und Prävention

Möglichkeiten und Grenzen

Herausgeber



FGW – Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V.
Kronenstraße 62
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 99450080
E-Mail: info@fgw-nrw.de
www.fgw-nrw.de

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Prof. Dr. Dirk Messner

Themenbereich

Vorbeugende Sozialpolitik

Themenverantwortliches Vorstandsmitglied

Prof. Dr. Ute Klammer

Förderung

Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

ISSN

2567-0050

Erscheinungsdatum

Düsseldorf, Oktober 2017

Offene Kinder- und Jugendarbeit und Prävention

Möglichkeiten und Grenzen

Auf einen Blick

- Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) ist eine kommunale Infrastruktur mit einem niedrigschwelligen und freiwilligen Angebot für alle Kinder und Jugendliche insbesondere im Bereich der Freizeitgestaltung, eröffnet ihnen aber auch Zugang zu bildungsbezogenen, kulturellen und sportlichen Angeboten. Die OKJA schafft Gelegenheitsstrukturen und Räume, die sich die Kinder und Jugendlichen aneignen und die sie mitgestalten können und die ihre Selbstbildung fördern.
- Im Unterschied zu vielen anderen freiwilligen sozialen Leistungen erreicht die OKJA in hohem Maße benachteiligte Kinder und Jugendliche und kann schon dadurch präventive Wirkung entfalten.
- Im Fachdiskurs der OKJA stößt der Präventionsgedanke dennoch auf erhebliche Bedenken, weil man das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen nicht von vornherein als risikobehaftet und gefährdet betrachten möchte. Zudem besteht die grundsätzliche Befürchtung des Verlusts des fachlichen Profils.
- Wenn man dagegen Prävention nicht als defizitorientierte Vermeidungsstrategie, sondern als ressourcenorientierte Ermöglichungsstrategie versteht, dann lässt sich die OKJA auch theoretisch mit Prävention verbinden.
- In der Praxis lassen sich mehrere Handlungsfelder erkennen, in denen die OKJA über präventives Potential verfügt. Beispielhaft wird dies an der Nachmittagsbetreuung von Schulkindern, an der niedrigschwelligen Beratungsarbeit und an der Prävention von Armutsfolgen gezeigt.
- Einrichtungen und Angebote der OKJA werden in kommunalen Präventionsnetzwerken bislang nicht ausreichend beachtet. Ihre Leistungen sollten stärker wahrgenommen und eingebunden werden, ohne aber ihre Grundausrichtung damit zu unterlaufen.

Abstracts

Offene Kinder- und Jugendarbeit und Prävention

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein niedrigschwelliges und freiwilliges Angebot für Kinder und Jugendliche insbesondere im Bereich der Freizeitgestaltung, eröffnet ihnen aber auch Zugang zu bildungsbezogenen, kulturellen und sportlichen Angeboten. Dieses Angebot richtet sich an alle Kinder und Jugendlichen, erreicht aber in überdurchschnittlichem Maße benachteiligte Kinder und Jugendliche. Weil die Offene Kinder- und Jugendarbeit diese besser erreicht als andere Angebote, kann sie in besonderem Maße präventive Wirkung entfalten. Unter Berücksichtigung eines Präventionsbegriffs, der davon ausgeht, junge Menschen bei ihrer Entwicklung zu unterstützen und ihre autonome Lebensführung zu stärken, lässt sich die Offene Kinder- und Jugendarbeit auch theoretisch mit Prävention verbinden. In der Praxis können Handlungsfelder aufgezeigt werden, die das präventive Potential verdeutlichen.

Open youth work and prevention

Open youth work is a low-threshold and voluntary public service option for children and teenagers, especially in the area of recreational activities, but also providing access to further educational, cultural and sporting service offerings. Open youth work is aimed at all children and teenagers, but in fact reaches a high percentage of disadvantaged children and adolescents and therefore offers good chances to achieve preventative effects. Open youth work can also be linked theoretically to prevention, when a concept of prevention is used that supports young people in their development and strengthens their autonomous conduct of life. In practice, various fields of action can be shown which highlight this preventive potential.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	iv
Tabellenverzeichnis	iv
Abkürzungsverzeichnis	iv
1 Einleitung	1
2 Offene Kinder- und Jugendarbeit und Prävention	3
2.1 Arbeitsprinzipien der OKJA.....	3
2.2 Rahmenbedingungen und rechtliche Grundlagen	6
2.3 Infrastruktur und Angebote der OKJA	8
2.4 Nutzer_innen der OKJA	11
2.5 Prävention, vorbeugende Sozialpolitik und OKJA	13
2.6 Zwischenfazit	16
3 Handlungsfelder der OKJA mit präventivem Potential	18
3.1 OKJA und Bildung/Schule	18
3.1.1 Fachdiskurs zum Bildungsverständnis	18
3.1.2 Empirische Ergebnisse zu OKJA und Bildung/Schule	22
3.1.2 Praxisbeispiele zu OKJA und Bildung/Schule	25
3.2 Beratung in der OKJA.....	27
3.2.1 Fachdiskurs zu Beratung.....	27
3.2.2 Empirische Ergebnisse zum Thema Beratung	28
3.2.3 Praxisbeispiele zu Beratung in der OKJA	29
3.3 OKJA und Prävention von Armutfolgen	31
3.3.1 Fachdiskurs zum Thema Kinder- und Jugendarmut	32
3.3.2 Empirische Ergebnisse zur Prävention von Armutfolgen.....	34
3.3.3 Praxisbeispiele zur Prävention von Armutfolgen.....	37
3.4 Zwischenfazit	38
4 OKJA in Präventionsketten und kommunalen Netzwerken	40
4.1 Kommunale Präventionsketten.....	40
4.2 Bildungslandschaften	43
4.3 Zwischenfazit	45
5 Fazit und Handlungsempfehlungen.....	46
Literatur.....	50

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Handlungsfelder der OKJA mit präventivem Potential in der Präventionskette 47

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Angebote in Jugendzentren im Ost-West- und Stadt-Land-Vergleich (Angebot vorhanden, kategorisiert, Mehrfachantworten) 10

Abkürzungsverzeichnis

AGJ	Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe
AGOT	Arbeitsgemeinschaft offene Tür
AID:A	Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten
ASD	allgemeiner Sozialer Dienst
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BUT	Bildung und Teilhabe
DJI	Deutsches Jugendinstitut
HZE	Hilfen zur Erziehung
KeKiZ	Kein Kind zurücklassen
KiTa	Kindertagesstätte
KJH	Kinder- und Jugendhilfe
LVR	Landschaftsverband Rheinland
NRW	Nordrhein-Westfalen
OGS	Offene Ganztagsgrundschule
OKJA	Offene Kinder- und Jugendarbeit
PISA	Programme for International Student Assessment
SGB	Sozialgesetzbuch
StEG	Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen

1 Einleitung

Zur Kinder- und Jugendarbeit zählt neben der Jugendverbandsarbeit vor allem die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA). Sie bietet neben Familie und Schule einen Ort des Aufwachsens von jungen Menschen, der sich als Treffpunkt von Gleichaltrigen durch freiwillige Teilnahme, einen niedrigschwelligen Zugang und durch nichtkommerzielle Angebote auszeichnet. Im Unterschied zur Jugendverbandsarbeit ist die Offene Kinder und Jugendarbeit weitgehend professionalisiert, aber dennoch durch offene Ziele, Inhalte und Arbeitsweisen geprägt und soll explizit an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden.

Prävention gehört nicht zu den originären Zielen und Handlungsmaximen der OKJA. Insbesondere unter diesem Aspekt grenzt sie sich als eigenständiges und eigensinniges Handlungsfeld mit spezifischen Strukturprinzipien und pädagogischen Profilen von der Jugendsozialarbeit und dem Jugendschutz ab. Sowohl aus der Praxis der OKJA als auch aus Teilen der Sozialarbeits- und Erziehungswissenschaft sind eine Reihe von fachlichen und (professions-)politischen Bedenken gegen eine stärkere Einbindung der OKJA in übergreifende Präventionsprogramme formuliert worden. So besteht die grundsätzliche Befürchtung einer ‚ordnungspolitischen‘ Indienstnahme der OKJA insbesondere im Bereich der Sucht- Gewalt- und Kriminalitätsprävention. Im Rahmen der verstärkten Kooperation zwischen OKJA und Ganztagschule werden zudem Tendenzen einer ‚Eingemeindung‘ und Unterordnung der OKJA in bzw. unter das System Schule beklagt. Gewarnt wird nicht zuletzt auch vor einem Szenario, in dem die Kinder- und Jugendarbeit als ‚Vorfeldanbieter‘ der Hilfen zur Erziehung verstanden und ihre Finanzierung an den Anspruch gekoppelt wird, einen nachweislichen Beitrag zur Senkung der HzE-Fallzahlen zu leisten. Im Kern geht es den ‚Präventions skeptikern‘ um die Gefahr des Verlustes der Eigenständigkeit und des fachlichen Profils der OKJA bzw. um ihre Instrumentalisierung für handlungsfeldfremde Ziele.

Dennoch entfaltet die OKJA als Leistungssegment der Jugendhilfe faktisch vielfältige präventive Wirkungen. Sie stellt eine wichtige sozialräumliche Ressource dar, die auch im Rahmen kommunaler Präventionsnetzwerke stärker als bisher genutzt werden könnte und sollte. Es stellt sich dabei die Frage, inwiefern ein Bereich, der so offen und wenig steuerbar ist wie die OKJA, stärker als bisher in kommunale Präventionsnetzwerke bzw. ‚Präventionsketten‘ integriert werden kann und wie die präventiven Potenziale der OKJA im Rahmen integrierter Gesamtkonzepte kommunaler Prävention besser genutzt werden können, ohne die fachliche Eigenständigkeit und Eigenwilligkeit der OKJA zu gefährden.

Die Studie bearbeitet vor diesem Hintergrund folgende Aufgabenstellungen:

- Aufarbeitung der bestehenden Forschungsliteratur und der Fachdiskussion zum Thema Prävention in der OKJA,
- Analyse der vorhandenen präventiven Elemente und Potenziale der OKJA und Identifizierung von Beispielen guter Praxis,

- Wahrnehmung der OKJA als Bestandteil kommunaler Präventionspolitik, Hindernisse und Grenzen einer stärkeren Einbindung der OKJA in kommunale Netzwerke wie die NRW- Landesprogramme *Kein Kind zurücklassen* und *Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut*,
- Formulierung von Handlungsempfehlungen.

Neben Literaturrecherche und Dokumentenanalyse sind auch die Ergebnisse eines Fachgesprächs am 9. März 2017 in Köln in die Studie eingeflossen. Teilgenommen haben Jugendpfleger_innen der Jugendämter im Rheinland und Netzwerkkoordinierende des LVR-Programms *Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut* und der rheinländischen Kommunen von *Kein Kind zurücklassen* (KEKIZ). Wir danken dem LVR und Alexander Mavroudis ganz herzlich für diese Unterstützung.

Im Folgenden wird nach einer Beschreibung des Feldes der OKJA der Diskurs zum Thema Prävention nachgezeichnet (Kapitel 2). Im Fokus des weiteren Kapitels (Kapitel 3) stehen drei Handlungsfelder der OKJA, deren präventive Potentiale vertieft beschrieben werden. Kapitel 4 erörtert die Rolle der OKJA in kommunalen Netzwerken, die sich entweder explizit präventiv verstehen (kommunale Präventionsnetzwerke) oder sich auf Bildung in einer räumlichen Ausdehnung beziehen (Bildungslandschaften). Das abschließende Kapitel (Kapitel 5) zieht ein Fazit und formuliert erste Handlungsempfehlungen.

2 Offene Kinder- und Jugendarbeit und Prävention

Die OKJA ist einerseits institutionell in die umfassende Kinder- und Jugendhilfe eingebunden sowie andererseits von eigenständigen Arbeitsprinzipien und Fachlichkeiten geprägt, auf die im Folgenden zuerst eingegangen wird. Nachdem im Anschluss daran in der hier gebotenen Kürze auf die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Infrastruktur und Angebote und Erkenntnisse zu den Nutzer_innen bzw. Besucher_innen der OKJA eingegangen wird, wird der Fachdiskurs zum Thema Prävention nachgezeichnet werden.

2.1 Arbeitsprinzipien der OKJA

In der Fachdiskussion wird insbesondere das *Grundprinzip der Offenheit* hervorgehoben, welches mehrere Aspekte umfasst. Dazu zählt zuerst die Offenheit im Hinblick auf die Zielgruppe. Im Unterschied zur Jugendsozialarbeit mit dem Schwerpunkt auf benachteiligte Jugendliche können alle Kinder und Jugendliche die Angebote nutzen (vgl. Icking 2013). Ein weiteres Kennzeichen ist die Offenheit in Bezug auf Themen, Inhalte und Prozesse. Die Einrichtungen der OKJA verfügen über weitgehende Spielräume, die Angebote methodisch-didaktisch und inhaltlich zu gestalten. Entsprechend offen sind vor diesem Hintergrund die Ergebnisse: Sie sind anders als z. B. in der Schule wenig planbar und weniger offensichtlich.

Die strukturelle Offenheit der OKJA erzeugt eine Situation der Unbestimmtheit und Nichtplanbarkeit, die die im Feld agierenden Fachkräfte vor große Herausforderungen stellt: „Sie finden ihren Arbeitsauftrag nicht im Sinne einer einigermaßen präzisen Problemstellung, für deren Bearbeitung sie exklusiv zuständig sind, vor, sondern müssen diesen in der Kommunikation mit Jugendlichen immer wieder neu erfinden“ (Scherr/Sturzenhecker 2014, S. 371).

Als ein weiteres grundlegendes Prinzip gilt die *Partizipation*. Bei der Partizipation wird davon ausgegangen, dass Kinder und Jugendliche nicht nur Zielgruppen oder Adressaten der Angebote der OKJA sind, sondern diese auch mitgestalten und mitbestimmen. Dabei wird Partizipation nicht nur als Entscheidungsbeteiligung über Gremien und Wahlen verstanden, sondern sollte in Alltagssituationen verankert und praktiziert werden. Sturzenhecker begründet Partizipation demokratiethoretisch (vgl. Sturzenhecker 2013): Der Bezugspunkt ist eine zivilgesellschaftliche Demokratie, die auf selbstbestimmte Bürger_innen angewiesen ist, die nicht nur mitbestimmen, sondern auch mitgestalten. Die strukturelle Offenheit der OKJA ermöglicht demokratische Selbstorganisation, gerade weil sie vergleichsweise wenig von außen festgelegt wird und stattdessen darauf angewiesen ist, dass sie von allen Beteiligten einschließlich der Jugendlichen mitbestimmt und mitgestaltet wird (vgl. Sturzenhecker 2013, S. 328).

Der den Prinzipien von Offenheit und Partizipation entsprechende didaktische Ansatz ist der des Arrangierens (vgl. Lindner 2014). Anders als z. B. pädagogisches Handeln in der Schule, das durch gezielte Intervention geprägt ist, bezeichnet das Arrangieren die „absichtsvolle Gestaltung von Lernumgebungen“ (Lindner 2014, S. 13). In der Jugendarbeit geht es darum, Räume zu gestalten,

die über Aneignungsprozesse Bildung ermöglichen und durch aktives Beteiligen von Kindern und Jugendlichen auch Selbstwirksamkeit erfahrbar machen. Lindner weist dabei zum einen auf die Herausforderungen hin, die dieses didaktische Konzept an die Fachkräfte stellt, wie auch zum anderen auf seine besondere Bedeutung für benachteiligte Jugendliche. Die Fachkräfte müssen über Adressatenwissen wie auch über Flexibilität und Sensibilität verfügen.

„Gerade für benachteiligte, ausgegrenzte oder aus eigener Erfahrung entmutigte Jugendliche ist erhöhte Sensibilität unabdingbar, weil hier Lernsituationen mit Abwehr, Angst- und Versagenserfahrungen verstrickt sind, die ein riskantes Wagen in unbekannte Zonen eher vermeiden lassen. Aus diesem Grund ist im Anbieten und Bereitstellen von Möglichkeiten für Selbstwirksamkeitserfahrungen höchste Sensibilität für solche Umschlagmomente geboten, in denen Aneignung/Bildung eher gelingt oder eher scheitert“ (Lindner 2014, S. 17).

Zwei sehr unterschiedliche Studien untersuchen empirisch die Partizipation in der OKJA mit dem Fokus auf benachteiligten Kindern und Jugendlichen. In der Evaluationsstudie zu dem Projekt *Förderung gesellschaftlichen Engagements Benachteiligter in der Offene Kinder- und Jugendarbeit* (Schwerthelm 2015) liegt der Schwerpunkt auf den strukturellen Rahmenbedingungen von Partizipation in der OKJA. Der subjektiven Bedeutung von Partizipation für benachteiligte Jugendliche geht dagegen von Schwanenflügel (2015) nach.

In der Evaluationsstudie wurden Ansätze der Partizipation praktisch erprobt und wissenschaftlich begleitet. An dem Projekt waren sieben Einrichtungen der OKJA aus Großstädten beteiligt, die ausgehend von Themen und Anliegen ihrer jugendlichen Besucher_innen und mit ihnen Formen und Angebote gesellschaftlichen Engagements entwickelt und umgesetzt haben. Diese bezogen sich z. B. auf die gemeinsame Gestaltung von Räumen, Beteiligung an Entscheidungen im Jugendzentrum, Befragungen und Produktion von Medien. Die Fachkräfte wurden während der Umsetzung beraten und in ihren Erfahrungen begleitet. An den Evaluationsergebnissen wird deutlich, dass das Projekt vor allem hohe Anforderungen an das professionelle Handeln der Fachkräfte gestellt hat. Hervorgehoben wird die Notwendigkeit der Sensibilisierung der Fachkräfte für die Handlungs- und Aneignungsweisen der Jugendlichen, ohne sich auf deren Defizite zu konzentrieren. Sie konnten Jugendlichen gerade auch dann Selbstbestimmung ermöglichen, wenn in konflikthaften Situationen Grenzen der Mitbestimmung argumentativ ausgehandelt werden mussten. Kritisch werden ‚arbeitsfeldfremde‘ Aufgaben gesehen. Dazu gehören zu bearbeitende individuelle Problemlagen und erzieherische Aufgaben ebenso wie Kooperationen mit ‚Pflichtinstitutionen‘ (gemeint sind wohl Schulen, M. I.). Die Gefahr wird beschworen, dass die OKJA zu einen ‚dysfunktionalen Hybriden‘ würde, wenn sie sich von im weitesten Sinne sozialpolitischen Aufgaben vereinnahmen lässt, weil sie dann weder ihre originären Aufgaben noch die arbeitsfeldfremden Aufgaben erfolgreich erfüllen könne. Eine zentrale, aus der Studie folgende Empfehlung an die Fachkräfte ist folgerichtig, sich auf den Kern der OKJA zu konzentrieren, Selbstbildungsprozesse bei den Jugendlichen zu initiieren und sie zu Mitbestimmung und Mitgestaltung zu befähigen (vgl. Schwerthelm 2015, S. 80).

Ähnlich argumentieren Scherr und Sturzenhecker, die die Gefahr sehen, dass das Verständnis von Jugendarbeit als pädagogische Praxis, „die von den Bedürfnissen, Erfahrungen und Interessen Jugendlicher ausgeht“, verloren geht, weil die Fachkräfte mit einem ausreichend professionellen Selbstverständnis dies nicht mehr umsetzen können, u. a., weil sie zu schnell die defizitorientierte Sichtweise der Kinder- und Jugendhilfe übernehmen (Scherr/Sturzenhecker 2014, S. 369).

Auf der Basis von problemzentriert-narrativen Interviews untersucht von Schwanenflügel (2015) die biographischen Prozesse und Entwicklungen von Jugendlichen in der OKJA. Im Fokus stehen auch hier die Jugendlichen, die sich im Jugendhaus engagieren, sich an der Gestaltung von Angeboten beteiligen und Aufgaben im Jugendzentrum übernehmen. Partizipation wird hier als biographische Selbstbestimmung verstanden, weniger im Sinne von sozialer oder politischer Partizipation. Beispielhaft wird dieses Verständnis an der Nachzeichnung der Biographie von Sinan deutlich:

Partizipation und individuelle Selbstbestimmung in der OKJA - Ein Fallbeispiel

Sinan ist zum Zeitpunkt des Interviews 15 Jahre alt. Er erlebt als Kind, u. a. durch den Tod der Mutter, bereits belastende familiäre Situationen. Mit 8 Jahren wird er von einer Mitarbeiterin eines Jugendzentrums eingeladen, das Jugendzentrum zu besuchen. Insbesondere durch die Mitarbeiterin erfährt er Unterstützung und emotionalen Rückhalt; das Jugendhaus wird für ihn zu einer zweiten Familie. In diesem Rahmen kann er auch die mit seiner Homosexualität verbundenen Unsicherheiten bearbeiten und bewältigen. Sinan trifft im Jugendhaus auf eine Gelegenheitsstruktur, die es ihm zudem ermöglicht, durch Mitarbeit in einer Kindergruppe und später auch durch Thekendienste und Aufgaben im Büro direkte Partizipationserfahrungen zu machen. Dadurch erfährt er Anerkennung und Selbstwirksamkeit.

„Das Jugendhaus ist zum einen ein sozialer Ort, an dem er in hohem Maß Anerkennung als Anderer erfährt, und zum anderen ein Raum, in dem er als solcher experimentieren und sich erfahren kann. Er kann auf diese Weise nicht nur herausfordernde biographische Situationen konstruktiv für sich bewältigen, sondern auch Selbst- und Mitbestimmungsansprüche entwickeln, die es ihm erlauben, seine Erfahrungen ebenso auf andere Lebensbereiche zu übertragen und Handlungsfähigkeit herzustellen. Auf diese Weise findet Sinan einen Ausbildungsplatz, kann aber auch die Arbeit an seiner Geschlechtsidentität konstruktiv für sich lösen“ (Schwanenflügel 2015, S. 133).

Böhnisch fügt den Prinzipien Offenheit, Partizipation und Ermöglichungsdidaktik eine sozialintegrative und sozialpolitische Perspektive hinzu (vgl. Böhnisch 2013). Nach Böhnisch hat sich die OKJA in den 70er und 80er Jahren auch unter dem Einfluss der Jugendzentrumsbewegung als ein Ort eigenständiger Bildung und Kultur für und mit Jugendlichen entwickelt. Gleichzeitig ist sie auch zu einem „Gesellungsort für sozial benachteiligte Jugendliche“ (Böhnisch 2013, S. 6) geworden. Die Praxis der Jugendarbeit bezeichnet Böhnisch als „Milieubildung“; sie bietet den Jugendlichen Raum zur Gruppenbildung und zur Austragung von Konflikten, aber auch sozialen

Rückhalt und Schutz. Den sozialintegrativen Auftrag sieht Böhnisch aber durchaus auch gefährdet, wenn daraus ein bloßer „Kontroll- und Befriedungsauftrag“ (Böhnisch 2013, S. 7) wird.

Über eine sozialintegrative Perspektive verfügt auch eine sozialräumlich orientierte Jugendarbeit (vgl. Deinet 2009). Aus einer Lebensweltanalyse heraus entwickelt sie konzeptionelle Schwerpunkte, die auf die Bedürfnisse und Bedarfe der Kinder und Jugendlichen in den Sozialräumen eingehen. Sozialraumorientierung wird zur Sozialraumarbeit, wenn die OKJA auf drei Ebenen gestaltend tätig ist. Unter der Gestaltung von Strukturen (erste Ebene) versteht man dabei eine bessere Kooperation und Vernetzung der bestehenden Einrichtungen. Die OKJA kann hier auf ihre sozialräumliche Kompetenz als Experte der unterschiedlichen Akteur_innen eines Sozialraums zurückgreifen. Bei der Gestaltung der Orte als zweiter Ebene geht es zum einen um die Orte der Jugendarbeit selbst, d. h. die Gestaltung von Einrichtungen, aber auch um Orte im öffentlichen Raum. Die dritte Ebene ist die Gestaltung der pädagogischen Arbeit im engeren Sinne (vgl. Deinet 2011).

Abschließend sei daran erinnert, dass der Jugendarbeit insgesamt und damit auch der OKJA Potential in vier Dimensionen zugeschrieben wird (vgl. Rauschenbach et al. 2010; Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg 2014). Es geht um das Bildungs-, Verantwortungs-, Gemeinschafts- und Integrationspotential.

- Das Bildungspotential liegt vor allem in der Möglichkeit, personale und soziale Kompetenzen in Räumen zu erwerben, die nicht durch Wissensvermittlung und Belehrung geprägt sind. Einrichtungen der OKJA arrangieren Bildung als Alltagsbildung und selbstentdeckendes Lernen.
- Das Verantwortungspotential thematisiert die Möglichkeit, in den Einrichtungen Aufgaben zu übernehmen und sich an der Gestaltung der Angebote zu beteiligen. Mitbestimmung und Mitgestaltung befähigt zu Partizipation und ist im Kern demokratische Bildung.
- Das Gemeinschaftspotential zielt auf das Angebot der OKJA, in Peer- und Gleichaltrigen-gruppen außerhalb der Familie Beziehungen aufzubauen und Anerkennung zu erfahren.
- Das Integrationspotential verweist auf die Infrastrukturleistungen der OKJA im Hinblick auf eine sozialräumliche Inklusionspolitik.

2.2 Rahmenbedingungen und rechtliche Grundlagen

Die OKJA ist Teil der Kinder- und Jugendarbeit, die darüber hinaus noch die Jugendverbandsarbeit und weitere Teilbereiche wie Jugendberatung und internationale Jugendarbeit umfasst. Neben der Tagesbetreuung von Kindern, der Jugendsozialarbeit, den Hilfen zur Erziehung und dem Kinder- und Jugendschutz ist sie ein Leistungs- und Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe

auf der Basis des SGB VIII (vgl. Jordan/Maykus/Stuckstätte 2015). Grundlage für die OKJA ist insbesondere der §11 SGB VIII:

“Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.“ (§11 SGB VIII)

Dieser Rechtsnorm fehlen allerdings Hinweise, wie sie etwa durch staatliche Leistungen auszufüllen ist. Daher verweist das SGB VIII in § 15 auf ergänzendes Landesrecht (vgl. Bernzen 2013, S. 624). In NRW ist dies in einem eigenen Kinder- und Jugendförderungsgesetz geregelt. In § 12 dieses Landesgesetzes wird auf die OKJA Bezug genommen. Es werden nicht nur die Formen der OKJA beschrieben, sondern ausdrücklich auch die Angebote der Prävention genannt.

“Offene Jugendarbeit findet insbesondere in Einrichtungen, Maßnahmen und Projekten, Initiativgruppen, als mobiles Angebot, als Abenteuer- und Spielplatzarbeit sowie in kooperativen und übergreifenden Formen und Ansätzen statt. Sie richtet sich an alle Kinder und Jugendlichen und hält für besondere Zielgruppen spezifische Angebote der Förderung und Prävention bereit“ (3. AG-KJHG- KJFöG NRW, §12).

Das Kinder- und Jugendförderungsgesetz NRW enthält zudem Regelungen zur Leistungserbringung und Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit. Es verpflichtet das Land, für jede Legislaturperiode einen Kinder- und Jugendförderplan aufzustellen, der die Ziele und Aufgaben der Kinder- und Jugendförderung¹ auf Landesebene beschreibt sowie Näheres zur Förderung ausführt. Im zurzeit gültigen Kinder- und Jugendförderplan 2013-2017 des Landes NRW legt die Landesregierung programmatisch fest, dass der Plan dazu beitragen will, „dass alle Kinder und Jugendlichen gleiche Chancen erhalten und Benachteiligungen und Risiken präventiv begegnet werden“; zudem wird die „Prävention von Benachteiligungslagen und Risiken des Aufwachsens“ als ein Schwerpunkt der Förderung ausdrücklich benannt (Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW 2013, S. 2-3).

Auf der Grundlage des SGB VIII ist die Kinder- und Jugendarbeit aber eine Aufgabe, die in erster Linie auf der kommunalen Ebene angesiedelt ist. Dem Jugendamt kommt dabei eine besondere Rolle und Funktion zu, da hier die Gesamtverantwortung (§ 79) für die Maßnahmen der Jugendhilfe liegt. Das Jugendamt soll zusammen mit den freien Trägern einen gemeinsamen Planungsprozess (§ 80) vollziehen und dabei auch Partner_innen außerhalb der Jugendhilfe (§ 81) wie Schulen, das Gesundheitswesen und Beratungsstellen einbeziehen. Es ist prinzipiell zu Partnerschaftlichkeit (§ 4) und zu einer kontinuierlichen Qualitätsentwicklung (§ 79a) verpflichtet (vgl. Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW 2015, S. 15).

¹ Kinder- und Jugendförderung umfasst nicht nur die OKJA, sondern auch die Jugendverbandsarbeit, die Jugendsozialarbeit und den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz.

Das Land NRW verpflichtet sich nicht nur selbst, sondern auch die Kommunen, für jede Legislaturperiode kommunale Kinder- und Jugendförderpläne aufzustellen, in denen die Bereiche beschrieben, ihre Leistungen analysiert und die Weiterentwicklung festgelegt werden. Die Förderung der kommunalen Einrichtungen und Angebote erfordert die Bereitschaft der Träger, einen Wirksamkeitsdialog zu führen und Zielvereinbarungen zu schließen.

„Wirksamkeitsdialog und Zielvereinbarung sollen durch kritische Reflexion neue Impulse für die Ausrichtung der Arbeit in den Einrichtungen und Angeboten geben und flexible Reaktionen auf notwendige Anpassungen ermöglichen. Sie sollen schließlich einen effektiven, wirksamen und zielgenauen Einsatz der Fördermittel sicherstellen.“ (Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW 2013, S. 16)

In einer Untersuchung der kommunalen Wirksamkeitsdialoge 2003 bis 2005 in NRW konnten u. a. folgende Indikatoren für gelungene kommunale Qualitäts- und Wirksamkeitsdialoge formuliert werden (vgl. Deinet/Icking 2008, S. 110):

- Durch ein Berichtswesen gibt es eine ausreichende Transparenz über die Angebote der OKJA und über die Leistungen wird auch mit der Politik regelmäßig gesprochen;
- Jugendhilfe- und Sozialplanung können Bedarfe aus den Sozialräumen formulieren, die von der OKJA aufgegriffen und bearbeitet werden, d. h. Einrichtungen der OKJA agieren sozialräumlich;
- die OKJA kooperiert mit weiteren Bereichen der Jugendhilfe und anderen Bildungsinstitutionen und die OKJA kann dabei die Ziele ihrer Arbeit formulieren und transparent beschreiben.

2.3 Infrastruktur und Angebote der OKJA

Zur Infrastruktur der OKJA zählen Kinder- und Jugendeinrichtungen, die je nach Tradition, Trägerschaft und Region Jugendzentren, Jugendhäuser, Jugendclubs, Jugendfreizeitstätten oder Häuser der offenen Tür genannt werden. Darüber hinaus sind Abenteuerspielplätze, Spielmobile und andere mobile Angebote sowie aufsuchende Angebote und Streetwork Teil dieser Infrastruktur (vgl. Seckinger et al. 2016, S. 13). In dieser Studie liegt der Schwerpunkt auf Einrichtungen (Immobilien), die sich vor allem durch eigene Räume auszeichnen. Angebote wie aufsuchende Arbeit, Streetwork und mobile Angebote werden nur dann berücksichtigt, wenn sie von einer Einrichtung ausgehen.

Da die OKJA Teil der Kinder- und Jugendhilfe (KJH) ist, lässt sie sich bundesweit quantitativ über die amtliche Kinder- und Jugendstatistik abbilden. Auf Basis der Rechtsgrundlage im SGB VIII (§§ 98-103) werden im Abstand von vier Jahren im Wesentlichen bei den Jugendämtern Daten zu den Einrichtungen und zum Personal der OKJA und zu den Ausgaben und Einnahmen der OKJA erhoben (vgl. Pothmann 2011; Pothmann/Schmidt 2013). Zuständig ist das statistische Bundesamt, das die KJH-Statistik regelmäßig veröffentlicht. Für NRW liegen zudem Daten über die

Strukturdatenerhebung der beiden Landesjugendämter vor (vgl. Landschaftsverband Westfalen-Lippe; Landschaftsverband Rheinland 2015).

Die aktuellen Daten der KJH-Statistik liegen für das Jahr 2014 vor. Die Kinder- und Jugendarbeit ist nach der Kindertagesbetreuung und den Hilfen zur Erziehung die dritte Säule der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt. Bund, Länder und Kommunen haben für diesen Bereich im Jahr 2014 rd. 1,7 Milliarden Euro aufgewendet². Im Vergleich zu dem gesamten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe macht die Kinder- und Jugendarbeit allerdings nur einen Anteil von 4,5 % aus, wobei der Anteil 2005 trotz absoluter Steigerung der Förderung noch bei 6,6 % lag. Dies geht vor allem auf die deutlich gestiegenen Aufwendungen für den Ausbau der Kindertagesbetreuung und den Kostenanstieg bei den Hilfen zur Erziehung zurück (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017, S. 378).

Bundesweit wurden im Jahr 2014 14.726 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit gezählt, davon 11.249 Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Seit dem Jahr 1998 mit 17.920 Einrichtungen bedeutet dies ein Rückgang der Einrichtungen um fast 18 %, wobei der Rückgang beim Personal noch deutlicher ausfällt. So ist die Anzahl der Beschäftigten in der Kinder- und Jugendarbeit zwischen den Jahren 1998 und 2014 von 44.560 auf 29.126 zurückgegangen (-35 %). Umgerechnet auf Vollzeitäquivalente ist der Rückgang mit 47 % auf zuletzt noch 17.564 Vollzeitstellen noch ausgeprägter (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017, S. 368-373).

Mit 17.482 Beschäftigten entfielen im Jahr 2014 rd. 60 % aller Beschäftigten auf die OKJA. Gegenüber dem Jahr 2010 ist dies ein Rückgang von rd. 19 % (vgl. Pothmann 2016, S. 16). Auf der anderen Seite stellt Pothmann fest, dass die Beschäftigten in der Jugendsozialarbeit parallel zum Rückgang der Beschäftigtenzahlen in der OKJA zahlenmäßig gestiegen sind. Während im Jahr 2014 für die OKJA 4.053 tätige Personen weniger als im Jahr 2010 gezählt wurden, werden für das Arbeitsfeld der Jugendsozialarbeit 2.821 Beschäftigte mehr ausgewiesen. Zugenommen haben vor allem Beschäftigte in der Schulsozialarbeit. Die Befunde werden so interpretiert, dass zumindest ein Teil der ‚Verluste‘ in der OKJA auf Verlagerungen zugunsten von Angeboten in Schulen zurückzuführen sind.

Die Strukturdatenerhebung in NRW bezieht sich ausschließlich auf die OKJA. Hier wurden im Jahr 2013 2.138 Häuser der OKJA gezählt. Gegenüber 2002, dem ersten Jahr der Erhebung, zeigt sich in NRW im Unterschied zum Bund kein wesentlicher Rückgang (2002: 2.200 Häuser, vgl. LWL-Landesjugendamt Westfalen/LVR-Landesjugendamt Rheinland 2015, S. 9).

Einen guten Überblick über die Angebote der OKJA liefert die DJI-Studie (vgl. Tabelle 1).

² Die Kinder- und Jugendarbeit umfasst hier aber nicht nur die OKJA, sondern auch z. B. Jugendbildungsstätten, Jugendherbergen, Jugendgäste- und Übernachtungshäuser, Jugendzeltplätze und Jugendkunstschulen.

Tabelle 1: Angebote in Jugendzentren im Ost-West- und Stadt-Land-Vergleich (Angebot vorhanden, kategorisiert, Mehrfachantworten)

	Ost	West	Stadt	Land	insgesamt
Offene Treffs/Cafés*/**	77 %	90 %	90 %	83 %	86 %
Ferienfreizeitbezogene Angebote/Ausflüge**	83 %	87 %	91 %	82 %	85 %
Angebote mit Eventcharakter*	74 %	82 %	80 %	78 %	79 %
Musisch-künstlerische Angebote**	77 %	76 %	87 %	69 %	76 %
Beratung**	71 %	74 %	80 %	68 %	73 %
Sportlich-erlebnisorientierte Angebote*/**	76 %	66 %	77 %	63 %	69 %
Angebote zur Vorbereitung auf das Berufsleben**	61 %	66 %	70 %	60 %	64 %
Genderspezifische Angebote*/**	45 %	69 %	72 %	54 %	61 %
Begleitung und Unterstützung von Menschen, die ehrenamtlich in der Jugendarbeit aktiv sind*	51 %	58 %	57 %	55 %	56 %
Angebote zur schulischen Förderung*/**	57 %	48 %	64 %	42 %	51 %
Angeleitete Gruppenstunden*/**	40 %	48 %	54 %	40 %	46 %
Interkulturelle Angebote*/**	36 %	46 %	57 %	33 %	43 %
Medienpädagogische Angebote*/**	28 %	46 %	50 %	33 %	40 %
Angebote in Zusammenarbeit mit Schulen	24 %	30 %	29 %	27 %	28 %
Demokratisch-beteiligungsorientierte Angebote*/**	22 %	30 %	32 %	24 %	27 %
Streetwork/mobile Jugendarbeit*	22 %	29 %	25 %	28 %	27 %
Mittagstisch*/**	14 %	19 %	28 %	10 %	17 %
Weitere themenbezogene Angebote (z. B. Religion, Gesundheitsförderung, Tier- und Naturschutz)	3 %	5 %	5 %	4 %	4 %
Sonstige Angebote	8 %	4 %	8 %	5 %	7 %

* Ost-West-Unterschied signifikant ($p < 0.05$); ** Stadt-Land-Unterschied signifikant ($p < 0.05$). $n = 1115$.

Quelle: Seckinger et al. 2016, S. 118

Der Offene Treff oder der offene Bereich gehört zum Kern der OKJA. Charakteristisch für den Offenen Treff ist, dass die Kinder und Jugendlichen innerhalb der Öffnungszeiten flexibel kommen und gehen können und die vorhandenen Räume und Beschäftigungsmöglichkeiten (Billard, Tischtennis, Kicker, Internet, Gesellschaftsspiele usw.) kostenlos nutzen können. Ein weiteres klassisches Angebot sind ferienfreizeitbezogene Angebote und Angebote mit Eventcharakter wie Partys, Musikveranstaltungen etc., die auch kostengünstige Alternativen zu kommerziellen Angeboten darstellen.

2.4 Nutzer_innen der OKJA

Die Angebote der OKJA richten sich auch auf Basis des gesetzlichen Auftrags aus dem SGB VIII an alle Kinder und Jugendlichen etwa ab dem Grundschulalter. Wie hoch der Anteil derjenigen ist, die tatsächlich die Angebote nutzen, ist ein vielfach untersuchtes Thema. Die Ergebnisse hängen vom regionalen Angebot ebenso wie von der Definition des Besuchs und der jeweiligen Altersbegrenzung ab (vgl. Schmidt 2011).

Aus den Ergebnissen von regionalen Studien der letzten 15 Jahre wird geschlossen, „dass etwa acht bis zehn Prozent der Jugendlichen im Teenageralter mindestens einmal wöchentlich ein Jugendzentrum besuchen, während es weitere 20 Prozent in diesem Alter gibt, die zumindest gelegentlich ein Jugendzentrum besuchen“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017, S. 382). Anlass für gelegentliche Besuche sind in der Regel Einzelveranstaltungen unterschiedlicher Art. Auf vergleichbare Ergebnisse kommt eine Befragung von 11- bis 16-jährigen Schüler_innen in NRW, die ergab, dass 7 % häufig eine Jugendeinrichtung besuchen und 16 % ab und zu dort hingehen (vgl. Deinet et al. 2017, S. 149).

Im Rahmen der Strukturdatenerhebung NRW werden ebenfalls Daten zu den Besucher_innen erfasst. Im Fokus stehen die Stammesbesucher_innen, d. h. die Kinder und Jugendlichen, die regelmäßig die Einrichtungen besuchen bzw. die Angebote nutzen (in der Regel mindestens einmal pro Woche). Im Berichtsjahr 2013 haben hochgerechnet 172.000 junge Menschen im Alter von 6 bis unter 27 Jahren regelmäßig Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in NRW genutzt³. Damit erreicht die OKJA in NRW durchschnittlich 3,6 % der Bevölkerung zwischen 6 und 27 Jahren als regelmäßige Besucher_innen. Dieser Gesamtanteil ist aber wenig aussagekräftig, weil die Nutzung der Angebote der OKJA in den Altersgruppen sehr unterschiedlich verteilt ist. In der Altersgruppe der 12- bis unter 15-Jährigen besuchten im Jahr 2013 immerhin 6,8 % regelmäßig die Einrichtungen der OKJA. Bemerkenswert ist allerdings ein deutlicher Rückgang der Zahl der Stammesbesucher_innen gegenüber dem Jahr 2011 (210.000), obwohl die Zahl der Einrichtungen in diesem Zeitraum leicht angestiegen ist (vgl. LWL-Landesjugendamt Westfalen/LVR-Landesjugendamt Rheinland 2015, S. 12).

³ Gezählt wurden auch Nutzer_innen von Abenteuerspielplätzen und Spielmobilien.

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) hat auf der Basis der Umfragedaten aus AID:A (*Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten*) untersucht, von welchen Einflussfaktoren die Nutzung der Jugendzentren abhängt, wobei die Nutzung sehr weit gefasst wurde⁴. Einbezogen wurden Merkmale der Zielgruppe (Alter, Geschlecht, Bildungshintergrund etc.), Merkmale des Angebots (Image, Kosten) und Kontextfaktoren wie Angebotsdichte etc. (vgl. Seckinger et al. 2016; van Santen/Prein 2013). Auch hier wird die Altersabhängigkeit sichtbar. Bei den 13-Jährigen liegt die Nutzung mit einem Anteil von 32 % am höchsten und sinkt vor allem ab dem 17. Lebensjahr sehr deutlich (vgl. Seckinger et al. 2016, S. 143). Weiterhin nutzen männliche Jugendliche die OKJA stärker als weibliche Jugendliche und Jugendliche aus Haushalten mit niedrigem Bildungsstand häufiger als solche aus Haushalten mit höherem Bildungsstand. Kein Zusammenhang ergab sich dagegen, wenn der Migrationshintergrund betrachtet wurde. Die Merkmale wurden mittels einer logistischen Regression auf ihre multivariaten Zusammenhänge überprüft. Der Bildungshintergrund bleibt bedeutsam, wohingegen der Migrationshintergrund entgegen vieler Einzelstudien (vgl. Schmidt 2011, S. 54) keinen signifikanten Einfluss hat.

Im Rahmen dieser Studie konnte auch ermittelt werden, dass das Umfeld eine Rolle spielt. In Wohnorten mit weniger als 20.000 Einwohnern ist die Nutzung von Jugendzentren deutlich höher als in größeren Städten und in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. Vor allem die Abhängigkeit von der Wohnortgröße wird damit in Zusammenhang gebracht, dass das Freizeitangebot für Jugendliche in kleineren Orten möglicherweise geringer ist und daher öffentliche Angebote attraktiver sind (vgl. Seckinger et al. 2016, S. 149).

Interessant sind darüber hinaus zwei Einzelergebnisse. Kinder und Jugendliche, die angeben, täglich Sport zu treiben oder zu musizieren, besuchen zu einem größeren Anteil Jugendzentren als Kinder und Jugendliche, die nicht oder seltener Sport treiben oder musizieren. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass gerade das Jugendzentrum diese Freizeitbetätigung erst ermöglicht (vgl. Seckinger et al. 2016, S. 148-149). Auch die Angebotsdichte⁵ spielt eine Rolle. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen der Besucher_innen mit einer zunehmenden Angebotsdichte zunehmen. Bei einer höheren Anzahl von Fachkräften werden die Jugendzentren in höherem Umfang durch Jugendliche und junge Erwachsene aus Haushalten mit niedrigerer Bildung genutzt, d. h. von einer höheren Angebotsdichte im Bereich der Jugendzentren profitieren diese stärker als diejenigen mit höherer Bildung.

„Hier stellt sich die Frage, inwiefern dies sozialpolitisch erwünscht ist. Dabei ist unseres Erachtens zu bedenken, dass Jugendzentren im Gegensatz zu anderen sozialstaatlichen Leistungen offensichtlich Angebote darstellen mit denen auch weniger Privilegierte erreicht werden können. Durch eine höhere Angebotsdichte könnte ein sozial kompensatorischer Effekt erzielt werden.“ (van Santen/Prein 2013, S. 105)

⁴ Konkret wurde gefragt, ob die Befragten in den letzten 12 Monaten ein Jugendzentrum, einen Jugendclub oder einen Jugendtreff genutzt haben.

⁵ Hier gemessen als Fachkräftequote: Anzahl der Fachkräfte pro 1.000 Einwohner im Alter 10 bis 25 Jahre.

2.5 Prävention, vorbeugende Sozialpolitik und OKJA

Vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher Handlungsfelder (Jugendarbeit, Tageseinrichtungen für Kinder, Hilfen zur Erziehung) werden die Aufgaben und Aufträge der Jugendhilfe zum einen als kompensatorische Leistung und zum anderen als Infrastrukturangebot der Bildung, Erziehung und Betreuung differenziert (vgl. Zipperle 2015, S. 22). Hilfen zur Erziehung sind kompensatorisch ausgerichtet, wenn Kinder und Eltern Unterstützung benötigen bzw. Kinder gefährdet sind. Die Tagesbetreuung und auch die Kinder- und Jugendarbeit sind dagegen Infrastrukturleistungen, die auf alle Kinder und Jugendlichen ausgerichtet sind. Eine weitere Unterscheidung wird anhand der rechtlichen Ansprüche getroffen. Demnach besteht auf Basis des SGB VIII ein Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung, während die OKJA nur eine Soll-Leistung des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe ist. Der öffentliche Träger der Jugendhilfe ist die Kommune bzw. das kommunale Jugendamt.

Diese Übersicht ist von Bedeutung, um die Debatte zu verstehen, die vor dem Hintergrund politischer Vorstöße zur Reform des SGB VIII entstanden ist und sich kritisch damit auseinandersetzt, dass die traditionelle ‚Versäulung‘ der Jugendhilfe mit den oben beschriebenen unterschiedlichen Leistungen zugunsten eines einheitlichen Konzepts sozialräumlich orientierter Infrastrukturleistungen ersetzt werden soll. Vor allem vor dem Hintergrund der Kostensteigerung bei den Hilfen zur Erziehung sollen die teuren Einzelfallhilfen mit einem individuellen Rechtsanspruch zugunsten z. B. von Gruppenangeboten für Kinder und Jugendliche zurückgeführt werden (vgl. Zipperle 2015; Otto/Ziegler 2012). Die Frage ist, ob die „auf den ersten Blick attraktiven Veränderungen hin zu mehr niederschweligen, sozialräumlichen Infrastrukturangeboten“ (Zipperle 2015, S. 52) tatsächlich z. B. für die OKJA eine Aufwertung und verstärkte Förderung bedeuten oder nicht eher zu einer Stratifizierung der Jugendhilfe insgesamt führen, die die Besonderheiten und spezifischen Leistungen der einzelnen Felder außer Acht lassen.

Andererseits geht auch der Fachdiskurs davon aus, dass es einen umfassenden Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe gibt und diese „nicht über einzelne Interventionsmaßnahmen oder Organisationsformen begriffen werden kann, sondern als soziale Dienstleistungsstruktur für alle Kinder, Jugendlichen und Eltern in einer Kommune oder Stadt betrachtet werden muss“ (Rätz-Heinisch et al. 2009, S. 16). Böhnisch fasst dies fachlich als Ansatz der Lebensbewältigung, thematisiert die Lebenslagen, aus denen sich Bewältigungsaufgaben ergeben, auf die die Soziale Arbeit insgesamt und die Kinder- und Jugendhilfe im Besonderen reagieren müssen. Nach Böhnisch sind dies nicht nur pädagogische, sondern auch sozialpolitische Aufgaben (vgl. Böhnisch 2016).

In der wissenschaftlichen Fachdiskussion zur OKJA wird Prävention als Begriff eher selten verwendet. Vorherrschend ist eine kritische bis polemische Auseinandersetzung mit dem Präventionsbegriff, die vor allem das Ziel verfolgt, sich gegen die tatsächliche oder vermeintliche Indienstnahme der OKJA zum Zweck des Kinderschutzes oder der Kriminalitäts- und Suchtprävention zu wehren. Das Grundmuster der Kritik ist die Annahme einer Negativorientierung des Präventionsbegriffs: Eine Entwicklung, zum Beispiel das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen,

werde von vornherein als risikobehaftet und gefährdet betrachtet und entsprechend sei Prävention darauf ausgerichtet, diesen Risiken und Gefährdungen möglichst frühzeitig zu begegnen. Prävention sei „fürsorgliche Belagerung“, mache Jugendliche zum Objekt von Präventionsanstrengungen und verunmögliche, dass Kinder und Jugendliche überhaupt erst eigene Erfahrungen etwa mit Suchtmitteln machen können (vgl. Sturzenhecker 2000, S. 15). Der ‚Präventionsideologie‘ wird eine diffuse Normalitätsunterstellung unterstellt, die aber nicht expliziert werde; darüber hinaus, so die Kritik, fördere der Präventionsgedanke eine unzulässige Individualisierung von gesellschaftlichen Problemlagen (vgl. Sturzenhecker 2000, S. 16). Bei einer derart eng geführten Definition von Prävention ist es verständlich, dass Prävention als Ansatz der OKJA abgelehnt werden muss, ist es doch Ziel der Jugendarbeit, „den produktiven Umgang von Kindern und Jugendlichen mit gesellschaftlichen Bedingungen und Problemen zu unterstützen und gleichzeitig auch auf diese Bedingungen einzuwirken, um die Lebensverhältnisse für Kinder und Jugendliche allgemein zu verbessern“ (Sturzenhecker 2000, S. 16).

Eine vergleichbar fundamentale Kritik erfährt der Präventionsansatz auch durch Lindner (2013), der kritisiert, dass das sozialpädagogische Handeln zunehmend „vom Präventionsbegriff kontaminiert“ werde (Lindner 2013, S. 362). Die Fragwürdigkeit des Präventionsbegriffs begründet Lindner vor allem damit, dass die Jugendarbeit durch diesen politisch unter Legitimationsdruck gesetzt würde. Differenzierter ist die Kritik von Sting, der am Beispiel der Suchtprävention gut begründet, warum auch ein positiv gewendeter Präventionsansatz, der darauf ausgerichtet ist, gesunde Lebensweisen zu fördern und „riskantes und suchtgefährdendes Verhalten als inkompetent“ (Sting 2001, S. 56) zu markieren, nicht ausreichend ist. Auch der Umgang mit Suchtmitteln ist ein Bildungsthema, das die Selbsterprobungen der Jugendlichen einschließt und erst mit diesem Akzeptieren den Anspruch von Bildung als Selbstbildung einlösen kann.

Stegmann hingegen kritisiert an Sturzenheckers Kritik des Präventionsbegriffs, dass dieser zwar anerkenne, dass es für Kinder und Jugendliche risikobelastete Lebensbedingungen gibt, er „aber Ansätze und Maßnahmen negiert, die zielgenau diese Umstände analysieren und versuchen, durch besondere Angebote und Maßnahmen eine gesellschaftliche Integration zu erreichen“ (Stegmann 2000, S. 52).

In der Kinder- und Jugendhilfe, die neben der Jugendarbeit die großen Felder der Kindertageseinrichtungen und der Hilfen zur Erziehung umfasst, ist dagegen Prävention und präventives Handeln eine Hauptmaxime (vgl. Böllert 2015; Thiersch 2009). Im Anschluss an eine Systematisierung des Präventionsbegriffs, die ursprünglich aus der Sozialmedizin stammt, wird in der Jugendhilfe zwischen primärer, sekundärer und tertiärer Prävention unterschieden. Unter der primären Prävention versteht man das vorbeugende Eingreifen z. B. durch Beratung und Information, die sekundäre Prävention umfasst frühzeitige Angebote und Maßnahmen zur Vermeidung der Verfestigung von Konflikten und Gefährdungen und tertiäre Prävention sind z. B. Maßnahmen der Resozialisierung und Rehabilitation. Bezogen auf die sekundäre und tertiäre Prävention wird im Fachdiskurs häufig aber von Intervention gesprochen, weil sozialpädagogisches Handeln

sich bereits auf die Bearbeitung von eingetretenen Risiken und Gefährdungen bezieht. Eine weitere Differenzierung des Präventionsbegriffes ist die Unterscheidung zwischen personenbezogener Prävention, die sich auf das Verhalten z. B. von Kindern und Jugendlichen bezieht, und strukturbezogener Prävention, die Lebenslagen und soziale Rahmenbedingungen fokussiert (vgl. Böllert 2015; Wohlgemuth 2009).

Wohlgemuth ergänzt diese Definitionen um ein Analysemodell, das das Ziel verfolgt, diese und weitere Definitionen von Prävention zu systematisieren und analytisch zu unterscheiden (vgl. Wohlgemuth 2009). Nach Schmidt besitzt „das Modell den Vorteil, auch Maßnahmen, Handlungsfelder oder Institutionen auf ihre präventiven Leistungen hin untersuchen zu können, die (bisher) nicht unter dem Begriff der Prävention erfasst wurden und deren Konzeptionen präventive Wirkungen, insbesondere in Bezug auf explizite Problematiken, nicht thematisieren“ (Schmidt 2009, S. 7).

Im Modell werden im Hinblick auf die Dimensionen des Präventionsbegriffs zwei Argumentationslogiken unterschieden: Kausallogisch argumentiert, wer bestimmte Wirkungen auf ebenso bestimmte Ursachen zurückführt. Solche Argumentationsmuster finden sich z. B. in der Sozialpolitik, deren Präventionsbegriff eine vergleichsweise simple kausale Logik zugrunde liegt, der zufolge beispielsweise Investitionen in gute Ausbildung (Prävention) Arbeitslosigkeit verhindern (vgl. Wohlgemuth 2009, S. 258). Die finale Argumentationslogik orientiert sich dagegen nicht an dem Zweck des Verhinderns von Schaden und Gefährdungen, die vorab definiert sind, sondern an unterstützenden und fördernden Bedingungen, die es den Individuen erlauben, eigene Lebensentwürfe umzusetzen, auch wenn sie von gängigen Normalitätäsvorstellungen abweichen.

„Auf vermeintlich fundierte, über Rekonstruktion ermittelte, Annahmen über die Zusammenhänge einzelner Ursachen und ihrer Wirkungen kann die finale Präventionsidee nicht zurückgreifen und sie tut es auch aus ihrer eigenen Logik heraus nicht, da die gezielte Beeinflussung von Individuen zugunsten der Bearbeitung von Risiken, der Förderung des Individuums, des Ermöglichens eines fundierten Willensbildungsprozesses und der daraus entstehenden Lebensentwürfe aufgegeben wird.“ (Wohlgemuth 2009, S. 39)

Zum zweiten unterscheidet das Modell von Wohlgemuth zwei normative Dimensionen, je nachdem, ob die Prävention begrifflich eher auf das Verhindern von Verhaltensweisen, Zuständen etc. gerichtet ist oder ob die Präventionsansätze positiv etwas anstreben.

Mithilfe des Analysemodells von Wohlgemuth untersucht Schmidt Präventionsansätze in der Jugendarbeit allgemein und speziell auch in der OKJA (vgl. Schmidt 2009). Allerdings geht es hier um einen begrenzten Bereich: den der präventiven Leistungen der OKJA in Bezug auf die Verhinderung von delinquentem Verhalten. Schmidt bezieht sich vor allem auf empirische Erkenntnisse, die belegen, dass die OKJA zu den Handlungsfeldern der Jugendarbeit gehört, die überdurchschnittlich von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Milieus genutzt werden, die zudem überproportional häufig delinquent handeln (vgl. Schmidt 2009, S. 22). Unter Berücksichtigung nur begrenzt vorhandener empirischer Erkenntnisse geht Schmidt davon aus, dass der Besuch der Einrichtungen der OKJA und z. B. die Beziehungen zu

den pädagogischen Fachkräften dort bereits positive Wirkungen im Hinblick auf Delinquenzprävention entfalten. An der Untersuchung mit der Fragestellung, ob bekannte Präventionsmaßnahmen und Programme wie Anti-Gewalt-Trainings und Anti-Aggressivitäts-Trainings diese präventiven Grundmuster befördern oder eher behindern, wird bei Schmidt allerdings deutlich, dass die OKJA nicht beliebig funktionalisiert werden kann.

„Bei der Betrachtung spezieller Präventionsmethoden und -programme konnte gezeigt werden, dass bestimmte Methoden aufgrund der empirischen Einschätzung ihrer Wirkung sowie ihrer eher als kausal einzuschätzenden Präventionslogik, die sich schwer mit der finalen Logik der diskutierten Handlungsfelder und damit ihrer Struktur und Ziele vereinbaren lassen, für die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit nicht oder nur eingeschränkt einsetzbar erwiesen. Methoden, die ihrer Präventionslogik eher den Handlungsfeldern entsprechen, lassen sich dagegen leichter integrieren und zeigen sich in Hinsicht der Zielsetzungen der Einrichtungen, auch fernab des Delinquenzpräventionsgedankens, als konform und förderlich.“ (Schmidt 2009, S. 52)

Im Analyseschema von Wohlgemuth wäre die OKJA unter dem Gesichtspunkt der Prävention am ehesten zum einen finallogisch und zum anderen anstreben-positiv zu begründen. Merkmale der OKJA sind unterstützende und fördernde Strukturen, die Lebensentwürfe nicht präferieren, sondern ermöglichen wollen und die nicht etwas verhindern, sondern positiv befähigen wollen. Die Problematik ist die, dass im Fachdiskurs (wie zuvor ausgeführt) bislang mit Ausnahme von Schmidt der Bezug zu einer kausallogischen Definition vorherrscht. Damit fällt es leicht, Prävention als mit den Arbeitsprinzipien der OKJA unvereinbar darzustellen. Produktiver wäre es, auf das grundlegende Merkmal der Offenheit der Kinder- und Jugendarbeit bezugnehmend einen Präventionsbegriff zu füllen, der sich auf die Schaffung von Rahmenbedingungen konzentriert, die den Individuen eine selbstbestimmte Lebensführung ermöglichen bzw. diese fördern.

Vorbeugende Sozialpolitik scheint dagegen als Begriff weniger geeignet, weil er nur schwer aus der kausalanalytischen Begründungslogik zu lösen ist. Ihm haftet an, dass es weniger um das Offene des Ermöglichens geht als vielmehr um den Zweck des Verhinderns von Schaden und den damit verbundenen gesellschaftlichen Kosten.

2.6 Zwischenfazit

Die OKJA ist ein niedrigschwelliges und freiwilliges Angebot für Kinder und Jugendliche insbesondere im Bereich der Freizeitgestaltung, eröffnet ihnen aber auch Zugang zu bildungsbezogenen, kulturellen und sportlichen Angeboten. OKJA schafft Gelegenheitsstrukturen und Räume, die sich die Kinder und Jugendlichen aneignen können und die ihre Selbstbildung fördern. Im Fachdiskurs der OKJA wird dem Prinzip der Offenheit und Partizipation der Kinder und Jugendlichen eine hohe Bedeutung zugemessen. Die OKJA erreicht mit ihren Angeboten einen begrenzten Teil der Kinder und Jugendlichen und obwohl sie sich grundsätzlich an alle richtet, erreicht sie in überdurchschnittlichem Maße benachteiligte junge Menschen aus einkommensärmeren Familien bzw. mit niedrigerem Bildungsniveau.

Die Rahmenbedingungen der OKJA werden durch das SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) gesetzt und für NRW im Kinder- und Jugendfördergesetz für die Jugendförderung einschließlich OKJA ausgeführt und mit Landesförderung hinterlegt. Im Kinder- und Jugendförderplan ist die Prävention von Benachteiligungslagen und Risiken des Aufwachsens ausdrücklich ein Förderschwerpunkt des Landes.

Im Fachdiskurs der OKJA stößt Prävention dennoch auf erhebliche Bedenken, weil man das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen nicht von vornherein als risikobehaftet und gefährdet betrachten möchte. Zudem besteht die grundsätzliche Befürchtung des Verlusts des fachlichen Profils, wenn verstärkt Aufgaben übernommen werden sollen, die nur begrenzt mit originären Zielen und Arbeitsprinzipien der OKJA im Einklang stehen.

Weil die OKJA überdurchschnittlich häufig benachteiligte Kinder und Jugendlichen erreicht, die aufgrund ihrer sozialen und familiären Verhältnisse häufig wenig Zugang zu freizeitbezogenen und kulturellen Angeboten haben, kann sie besonderem Maße präventive Wirkung entfalten. Unter Berücksichtigung eines Präventionsbegriffs, der davon ausgeht, junge Menschen bei ihrer Entwicklung zu unterstützen und ihre autonome Lebensführung zu stärken, lässt sich die OKJA auch theoretisch mit Prävention verbinden. Die OKJA hat präventives Potential, wenn sie mit den benachteiligten Zielgruppen ihre Arbeitsprinzipien umsetzt.

Zudem gibt es Hinweise darauf, dass die OKJA anders als viele staatliche Sozialleistungen nicht dem Präventionsdilemma (vgl. Otto/Ziegler 2012, S. 24) zu unterliegen scheint, das darin besteht, dass Zielgruppen, die die Leistungen am ehesten benötigen, diese am wenigsten nutzen. Ein verstärktes Angebot dürfte eher dazu führen, dass mehr benachteiligte Kinder und Jugendliche erreicht werden (vgl. dazu Kapitel 2.4). Unter dem Gesichtspunkt einer vorbeugenden Sozialpolitik wäre demnach zu fordern, die OKJA auszubauen, statt wie aktuell das Angebot abzubauen.

3 Handlungsfelder der OKJA mit präventivem Potential

Im Folgenden werden drei Handlungsfelder der OKJA vertieft im Hinblick auf präventives Potential untersucht. Einleitend wird auf die Fachdiskussion zu den jeweiligen Handlungsfeldern eingegangen, die die Rolle der OKJA durchaus auch kritisch beleuchtet. Anschließend werden ausgewählte Ergebnisse aus empirischen Studien präsentiert. Aus dem Fachgespräch mit Fachkräften der Jugendarbeit konnten ergänzend und illustrierend Hinweise auf Praxisprojekte gewonnen werden, die jeweils im dritten Abschnitt dargestellt werden.

3.1 OKJA und Bildung/Schule

Die Einführung der Ganztagschule ist nicht ohne Auswirkungen auf die OKJA geblieben und die Kooperation mit Schule ist unbestritten ein relevantes, wenn auch nicht unumstrittenes Arbeitsfeld der OKJA. Ein weit verbreiteter Vorbehalt ist zum Beispiel, dass die OKJA in der Kooperation durch die Anpassung an die Strukturen und Ziele der Institution Schule ihren eigenständigen Charakter verlieren könnte (vgl. Sturzenhecker 2003). Im traditionell-fachlichen Profil sieht sich die OKJA durchaus als Bildungsort, aber jenseits von Schule und mit von Schule abweichenden Bildungszielen. Es wird aber anerkannt, dass die Schule für Kinder und Jugendliche ein relevanter Lebensort ist, an dem Jugendarbeit nicht vorbeigehen kann. Es geht darum, spezifische sozialpädagogische Kompetenz einzubringen und die Schule als Lern- und Lebensort von Kindern und Jugendlichen mit den Arbeitsweisen und -formen der OKJA zu erweitern bzw. zu bereichern (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017, S. 360).

Dies sind Hinweise auf die Notwendigkeit eines differenzierten Bildungsverständnisses, dem im Folgenden zuerst nachgegangen wird. Da die OKJA ein Feld der Jugendhilfe bzw. Sozialpädagogik und ein relevanter Teil des Fachdiskurses zum Bildungsverständnis in diesem erweiterten Rahmen zu finden ist, wird dies entsprechend berücksichtigt. Im zweiten Teil werden Befunde aus empirischen Studien zum Arbeitsfeld mit Schule präsentiert.

3.1.1 Fachdiskurs zum Bildungsverständnis

Einem gängigen Schlagwort zufolge ist „Bildung mehr als Schule“ (Deutscher Städtetag 2007). Im Hintergrund steht dabei ein erweiterter Bildungsbegriff, demzufolge Bildung nicht nur formelle (schulische) Bildung ist: Sie ist ebenfalls nichtformelle Bildung, worunter „jede Form organisierter Bildung und Erziehung zu verstehen ist, die generell freiwilliger Natur ist und Angebotscharakter hat“ (Bundesjugendkuratorium 2001, S. 5). Und nicht zuletzt ist Bildung informelle Bildung; darunter werden „ungeplante und nicht-intendierte Bildungsprozesse verstanden, die sich im Alltag von Familie, Nachbarschaft, Arbeit und Freizeit ergeben, aber auch fehlen können. Sie sind zugleich unverzichtbare Voraussetzung und ‚Grundton‘, auf dem formelle und nicht-formelle Bildungsprozesse aufbauen“ (Bundesjugendkuratorium 2001, S. 5).

Auch im Zwölften Kinder- und Jugendbericht wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Berücksichtigung informeller Bildungsprozesse einen Blick auf Lernwelten jenseits formaler Bildungsinstitutionen werfen muss. Es geht um „die Wahrnehmung beiläufiger, nicht-intendierter Lernprozesse“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005, S. 533) und gefordert wird ein Zusammenspiel von Bildungsorten und Lernwelten. „Dabei kommen Schule und Jugendhilfe als öffentliche Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsinstitutionen gestaltende und vermittelnde Funktionen zu“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005, S. 534). Entscheidend ist dabei, dass diese Lernprozesse nicht durch Unterricht und ähnliche zielgerichtete Bildungsprozesse ermöglicht werden können, sondern durch direkte Begegnungen und Auseinandersetzungen. An anderer Stelle wird dafür der Begriff ‚Aneignung‘ verwendet und Bildung als Aneignung von Welt auch in einer sozialräumlichen Dimension definiert (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005, S. 105-110).

Diese Bildungsdebatte steht im Zusammenhang mit der ersten Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse im Jahr 2001 (vgl. Otto/Rauschenbach 2008). Hervorgehoben wird vor allem die Abhängigkeit der in den PISA-Studien gemessenen Kompetenzniveaus von der sozialen Herkunft der Schüler_innen und dass ein erheblicher Teil der Schüler_innen nicht über grundlegende Kompetenzen in Deutsch und Mathematik verfügt und nicht in der Lage ist, Zusammenhänge gedanklich zu erfassen. Dabei sind nach Otto und Rauschenbach „das Problem bei PISA [...] keineswegs und durchgängig nur die schlechten Lernergebnisse als solche, sondern [die Probleme] sind ungleich genereller, zuallererst die Ermöglichung und das Zustandekommen von Lernprozessen vor allem bei Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten“ (Otto/Rauschenbach 2008, S. 23).

Das Bildungsverständnis der Jugendhilfe setzt daher nicht nur bei anderen Bildungsorten und anderen Bildungsprozessen an, sondern verortet Bildung in diesem Sinne auch als Voraussetzung von (schulischen) Lernprozessen. Es geht um individuelle und soziale Kompetenzen bzw. um Lebensführungs- und Lebensbewältigungskompetenz. Winkler spricht in diesem Zusammenhang aber nicht von Bildung, sondern davon, dass Erziehung das pädagogische Handeln ist, das Bildung erst möglich macht.

„Wenn ihr [der Sozialpädagogik, M. I.] nichts Besseres einfällt, als gegenüber den formalen scholaren Bildungsprozessen an informeller und non-formaler Bildung festzuhalten, gibt sie ihre eigenen Aufgaben und Zuständigkeiten preis. Sozialpädagogik hat mit Bildung wenig zu tun, sie ist aber eine der Schlüsselinstanzen, um Erziehung auch unter Bedingungen sozialer und kultureller Prekarität sicher zu stellen und damit überhaupt erst die Voraussetzungen von Bildungsprozessen zu bewahren.“ (Winkler 2006, S.199)

Erziehung ermöglicht Bildung vor allem dadurch, dass sie schützende Rahmenbedingungen für das Aufwachsen schafft.

Damit kommt ein sozialpädagogisches Bildungsverständnis in den Blick. Franz Hamburger zitiert Lothar Böhnisch im Hinblick auf eine Definition der Sozialpädagogik, nach der diese sich als eine erziehungswissenschaftliche Disziplin mit Konflikten beschäftigt, die im Verlauf der Sozialisation

von Kindern und Jugendlichen auftreten, wobei es genauer um Interventionen geht, die notwendig sind, wenn Anforderungen der Gesellschaft und Kompetenzen der Individuen ‚nicht zusammenpassen‘ (vgl. Hamburger 2008). „Je nach Anforderungen der Gesellschaft und dem Vermögen der Individuen können sozialpädagogische Aktivitäten und Institutionen geschaffen werden, die regelmäßig den Konflikt bearbeiten bzw. präventiv das Entstehen eines Konflikts verhindern sollen.“ (Hamburger 2008, S. 16)

Auch wenn im Weiteren dargelegt wird, dass es sowohl im wissenschaftlichen Diskurs wie auch in der Praxis bei den Interventionen nicht nur um Hilfe oder gar Kontrolle geht, sondern auch um Erziehung, Begleitung, Betreuung, Unterstützung, Beratung und Aktivierung, so wird doch deutlich, dass das sozialpädagogische Handlungsfeld im Unterschied zu Schule, Ausbildung und Weiterbildung durch den Bezug auf soziale Problemlagen geprägt ist. Dies gilt auch dann, wenn die unter dem Stichwort der Normalisierung geführte Diskussion in der Sozialpädagogik berücksichtigt wird, nach der die soziale Arbeit bzw. die Sozialpädagogik sich nicht mehr auf „Hilfe für randständige Bevölkerungsgruppen“ bezieht, sondern sich „zum Regelangebot der Unterstützung und Flankierung von Sozialisation und Aufwachsen“ entwickelt hat (Galuske 2002, S. 12-13). Hintergrund ist, dass die gesellschaftlichen Problemstellungen, die die Sozialpädagogik praktisch bearbeitet und theoretisch diskutiert, im Zusammenhang mit Veränderungen der Gesellschaft und Wirtschaft gesehen werden, die hier mit Begriffen wie digitaler oder globaler Kapitalismus, flexible Arbeitsgesellschaft und Ende der Normalarbeitsverhältnisse etc. nur plakativ benannt werden können. Die damit verbundene „kontinuierlich anwachsende Komplexität der Bedingungen des Aufwachsens und Lebens in zunehmend flexibleren gesellschaftlichen Kontexten“ (Thole/Galuske 2003, S. 891) erfordert eine professionelle Flankierung des Lebens und Aufwachsens bzw. Unterstützungen zur Lebensbewältigung auch durch Bildung und Erziehung.

Thomas Olk sieht diesen Zusammenhang zwischen Sozialpädagogik und Bildung dagegen eher kritisch. „Ohne Investitionen in die Kompetenzen und Dispositionen der Menschen lassen sich ökonomisches Wachstum und technologische Innovationen in einer demografisch alternden Gesellschaft nicht realisieren“ (Olk 2009, S. 29). Weil es der Schule nicht mehr ausreichend gelingt, die Bildungspotentiale auszuschöpfen, zielt die Anforderung an die Sozialpädagogik und hier insbesondere an die Kinder- und Jugendhilfe, sich im Modus von Bildung zu definieren, nach seiner Auffassung darauf ab, sich „in den Dienst der Optimierung schulischer Bildungsprozesse zu stellen“ (Olk 2009, S. 29).

Thole bezeichnet Bildung als Grundvokabel der Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Thole 2009, S. 329). Auch Sturzenhecker entwickelt aus den Zielen und Methoden der OKJA, so wie sie in §11 SGB VIII (vgl. Kapitel 3.2) niedergelegt sind, ein Bildungskonzept (vgl. Sturzenhecker 2003). Es sind im Kern Selbstbildungsprozesse, die durch die spezifischen Rahmenbedingungen wie offene und gestaltbare Angebote, diskursive Prozesse und Partizipationsmöglichkeiten angeregt werden. Im weitesten Sinne könnte man das Konzept auch als politische Bildung verstehen, die Jugendliche darauf vorbereitet, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Diese wie andere Beiträge sind ein Beispiel dafür, dass das Thema Bildung im Fachdiskurs der OKJA immer noch überwiegend normativ geführt wird (vgl. Cloos et al. 2009, S. 13). Cloos et al untersuchen dagegen mit empirischen Methoden der ethnografischen Forschung das sozialpädagogische Handlungsfeld der OKJA und stellen das professionelle Handeln der Fachkräfte in den Mittelpunkt der Untersuchung. Jugendliche und Fachkräfte handeln in den Einrichtungen der OKJA in sozialpädagogischen Arenen, die als soziale Räume verstanden werden, in denen in unterschiedlichen Formen Kommunikation und Interaktion stattfinden und Zugehörigkeit und Gemeinschaft hergestellt werden. Ein besonderes Augenmerk gilt der Rekonstruktion des Agierens der Fachkräfte. Sie sind im gelingenden Fall ‚Andere unter Gleichen‘, die gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen die Arena bespielen (‚Mitmachen‘), ‚sparsam‘ von pädagogischen Interventionen Gebrauch machen, aber als Pädagog_innen mit Werthaltungen und Normvorstellungen ‚sichtbar‘ bleiben. Vor diesem Hintergrund stellt Thole fest, „dass die Kinder- und Jugendarbeit einem Hochseilakt gleicht, der zu misslingen droht, wenn pädagogische Anliegen zu deutlich pointiert werden oder sich aus Angst, die Anerkennung und den Zuspruch der Jugendlichen zu verlieren, von jedwedem inhaltlichen Anspruch verabschiedet wird“ (Thole 2009, S. 326).

Vor allem bezugnehmend auf die bekannten Strukturmerkmale der OKJA wie Offenheit, Freiwilligkeit und Diskursivität (vgl. Sturzenhecker 2003) ist es nicht verwunderlich, dass diese Studie die Frage nach der Rolle von Herkunftsmilieus und Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen eher nicht berücksichtigt. Dennoch betont Thole, dass sich Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit „explizit insbesondere an diejenigen Kinder und Jugendliche zu adressieren [hat], die von den gesellschaftlichen, materiellen, aber insbesondere auch von den sozialen und kulturellen Exklusions- und Deprivationsprozessen betroffen sind“ (vgl. Thole 2009, S. 333). Dabei geht es im ersten Schritt darum, durch Sicherheit und vertraute Beziehungen die Voraussetzungen für Bildungsprozesse zu schaffen. „Jugendarbeit bietet den ‚Habenichtsen‘ eine soziale und räumliche ‚Heimbasis‘, in der sie sich so finden und stärken können, dass sie es wagen können ihre Potentiale von Selbstbestimmung zu erschließen.“ (Sturzenhecker 2003, S. 52)

Schwanenflügel und Walther kritisieren, dass der Bildungsdiskurs der Jugendhilfe trotz des Beharrens auf Ganzheitlichkeit des Bildungsverständnisses stark auf Schule fixiert ist (vgl. Schwanenflügel/Walther 2014). Die zeitliche und räumliche Verortung „vor, neben und nach der Schule“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005, S. 89) ist dafür ein beredtes Zeugnis. Sie plädieren für ein sozialpädagogisches Bildungsverständnis, das die Verknüpfung von Bildung und Lebensbewältigung berücksichtigt und die „Einbettung von Bildung in konkrete soziale Lebenslagen und Alltagswelten“ hervorhebt (Schwanenflügel/Walther 2014, S. 146).

Gerade der Bezug der Bildungskonzeption zu Alltag und sozialen Lebenslagen allgemein und den besonderen Bewältigungsanforderungen, die an benachteiligte Kinder und Jugendliche gestellt sind, lässt erkennen, dass die OKJA durchaus präventiv arbeiten kann, weil sie sich genau als ermöglichende, unterstützende und fördernde Struktur von Bildung versteht.

3.1.2 Empirische Ergebnisse zu OKJA und Bildung/Schule

Das Handlungsfeld OKJA und Bildung/Schule ist vergleichsweise gut erforscht, allerdings sind hierbei in der Mehrzahl Studien vertreten, die sich auf die gesamte Jugendhilfe bzw. die Schulsozialarbeit beziehen (vgl. Zipperle 2015; Icking 2010; Olk et al. 2000).

Schulkinderbetreuung in Jugendzentren ist keinesfalls ein Angebot der OKJA, das mit der verstärkten Einführung der Ganztagschule, angestoßen durch das Investitionsprogramm *Zukunft Bildung und Betreuung* (IZBB) des Bundes, erst begonnen hat (vgl. Deinet 1997). Entsprechend zeigen die Ergebnisse der bundesweiten Studie zur OKJA (Seckinger et al. 2016), dass die befragten Einrichtungen zum Teil seit den achtziger Jahren in diesem Feld aktiv sind, wenngleich die Mehrheit mit diesem Angebot etwa ab dem Jahr 2006 gestartet ist (vgl. Seckinger et al. 2016, S. 246). Auch aktuell dürfte ein Teil der Nachmittagsbetreuung im Jugendzentrum ein eigenständiges Angebot sein, das nicht auf Kooperation mit einer oder mehreren Schulen basiert. Hinweise gibt dazu eine Studie aus NRW, die zeigt, dass rd. 36 % der befragten Einrichtungen mit Übermittagsbetreuung dieses Angebot im Rahmen des Alltagsbetriebs der Einrichtung ohne jede zusätzliche Förderung leisten (vgl. Deinet et al. 2010, S. 33). Die Kosten, die z. B. durch das Mittagessen entstehen, werden teilweise durch Spenden finanziert oder die dafür nötigen Lebensmittel werden von der örtlichen *Tafel* bezogen.

Warum das eigenständige Modell der Übermittagsbetreuung gebraucht wird, kann unterschiedliche Ursachen haben. Zuerst muss festgehalten werden, dass die Ganztagschule keineswegs flächendeckend eingeführt ist. In NRW waren im Schuljahr 2014/2015 46 % der Schüler_innen der Sekundarstufe I Ganztagschüler_innen (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017, S. 340). Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass die Teilnahme mit steigendem Alter abnimmt; nur noch 16 % bzw. 17 % der 13- bzw. 14- Jährigen nahmen 2014 an Ganztagsangeboten teil (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017, S. 346). Die Autor_innen des 15. Kinder- und Jugendberichts führen dies u. a. darauf zurück, dass die Ganztagschule die Interessen der Jugendlichen zu wenig berücksichtigt und die Schule wenig attraktiv ist. Ein weiterer Grund könnte bei den Kosten liegen; fast alle Schulen erheben z. B. einen Beitrag für das Mittagessen (vgl. StEG-Konsortium 2015, S. 79). In NRW gaben 35 % der Eltern mit niedrigem sozioökonomischen Status an, dass ihnen die Kosten für die OGS zu hoch sind. Bei den Eltern insgesamt lag der Anteil bei 25 % (vgl. Prein et al. 2008, S. 86). Für die Autor_innen ist dies ein Faktor der insgesamt vorhandenen Tendenz zu sozialer Selektivität in der offenen Ganztagschule.

Darüber hinaus ist die OKJA ein relevanter Kooperationspartner der Schule im Ganzttag. Dies gilt vor allem für Haupt-, Real- und Gesamtschulen. Hier sind es bundesweit zusammen rd. 26 %, die mit Jugendzentren zusammenarbeiten, bei den Gymnasien ist der Anteil mit rd. 9 % deutlich geringer (vgl. StEG-Konsortium 2015, S. 36). Werden umgekehrt die Jugendzentren nach der Kooperation befragt, dann gaben für das Jahr 2011 bundesweit 33 % der Jugendzentren an, im Rahmen der Nachmittagsbetreuung mit Schulen zusammen zu arbeiten. In NRW ist der Anteil

mit 42 % deutlich höher (vgl. Seckinger et al. 2016, S. 247). Signifikant ist der höhere Anteil in kreisfreien Städten (38 %), kaum Relevanz hat dagegen die Trägerschaft. Die Vermutung, dass Einrichtungen des öffentlichen Trägers (Jugendamt) durch die Nähe zur kommunalen (Schul-)Verwaltung zur Kooperation gedrängt werden könnten, lässt sich nach Auffassung der Autor_innen damit nicht bestätigen (vgl. Seckinger et al. 2016, S. 248).

Inhaltlich wird deutlich, dass die Jugendzentren in starkem Maße ihre Kernkompetenzen in die Ganztagschule einbringen können. So bieten 78 % der Jugendzentren freizeitbezogene Angebote (Sport, Spiel, kreative Angebote) an. Im Vergleich dazu sind Angebote, die der direkten Unterstützung schulischer Bildung dienen, weniger stark vertreten. Aber auch in diesem Bereich nennen 56 % der Jugendzentren mindestens eins der drei Angebotsformate Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe und Förderung von Sprachkenntnissen für Migrant_innen, wobei die Hausaufgabenbetreuung als wahrscheinlicher ‚Pflichtbestandteil‘ der Nachmittagsbetreuung überwiegt. In größeren Städten ist der Anteil der Jugendzentren mit diesen schulergänzenden Angeboten höher als in Landkreisen, wobei die Studie davon ausgeht, dass aufgrund des höheren Migrantenteils der Besucher_innen in Städten auch der Bedarf an Unterstützung höher ist (vgl. Seckinger et al. 2016, S. 251). Damit zeigen sich Hinweise darauf, dass die OKJA im Rahmen der Ganztagschule nicht nur betreuende Aufgaben für den Nachmittag übernimmt, sondern auch die schulische Bildung unterstützt.

Interessant ist auch die Frage, an welchem Ort die Betreuung bzw. die Unterstützung stattfindet, dürften doch im Jugendzentrum die Chancen der OKJA größer sein, die Angebote mit ihren spezifischen Konzepten zu gestalten. Mit 58 % ist der Anteil der Jugendzentren, die die Übermittagsbetreuung ausschließlich in ihrer Einrichtung anbieten, sehr hoch, nur 16 % machen das Angebot ausschließlich in der Schule und der Rest bietet beides an. Dies spricht sowohl für die Attraktivität der Räume der OKJA im Unterschied zu Räumen in der Schule wie auch dafür, dass die Schulen vielfach (noch) nicht für den Ganzttag ausgestattet sind.

Ein Grundprinzip der OKJA vor allem im Unterschied zur Schule ist die Freiwilligkeit der Teilnahme. Hier zeigt sich, dass auch in schulbezogenen Nachmittagsangeboten mit 45 % weniger als die Hälfte der Einrichtungen angeben, dass für die Kinder und Jugendlichen Anwesenheitspflicht besteht. Dies kann damit im Zusammenhang stehen, dass eine Reihe von Einrichtungen unabhängig von der Ganztagschule ein Angebot für Schüler_innen am Nachmittag vorhält. Möglich ist aber auch, dass die Einrichtungen im Rahmen der Kooperation auf dem Prinzip der Freiwilligkeit der Teilnahme bestehen und dies insbesondere für ältere Schüler_innen auch umsetzbar ist.

Eine Studie ausschließlich zur Kooperation der OKJA mit Schule liegt für NRW vor (vgl. Deinet et al. 2010). Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2007; befragt wurden 200 Einrichtungen der OKJA, die in unterschiedlichen Formaten mit Schule kooperieren. Dabei spielt auch hier die Zusammenarbeit im Rahmen der Ganztagschule eine große Rolle. Mehr als 67 % der Einrichtungen machen in diesem Rahmen Angebote. In der Untersuchung wird bei der Kooperation im

Ganztag nach Primarstufe (Grundschule) und Sekundarstufe (weiterführende Schulen) unterschieden. 76 von 135 Einrichtungen und damit mehr als die Hälfte sind Partner der Offenen Ganztagschule im Primarbereich (OGS). Nur 14 Einrichtungen sind in diesem Zusammenhang Träger einer OGS; die Mehrheit arbeitet als Kooperationspartner, der nicht für die gesamte Organisation der OGS verantwortlich ist, sondern ein oder mehrere Angebote macht. Entsprechend stehen Mittagessen und Hausaufgabenhilfe nicht im Fokus der Kooperation. Die Angebote sind stark auf den offenen Bereich und das freie Spielen konzentriert und verstehen sich als Angebot, das von den Einrichtungen gezielt auch als Ausgleich für die Anforderungen des Schulalltags angeboten wird. Ähnlich bedeutsam sind organisierte Sport- und Bewegungsangebote. Anders in der Sekundarstufe: Hier bieten zwei Drittel der Einrichtungen im Rahmen des Ganztagsangebots auch ein Mittagessen und mehr als 75 % eine Unterstützung bei den Hausaufgaben an. Auch in den weiterführenden Schulen spielen freizeitbezogene Angebote noch eine große Rolle, aber immerhin 23 % geben an, dass sie über die Hausaufgabenbetreuung hinaus Lern- und Sprachförderung anbieten.

Vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit haben die Angebote der Kooperation mit Schulen, die *nicht* im Rahmen der Ganztagsbetreuung stattfinden. Hintergrund könnte sein, dass sie jeweils auf die Einrichtung bezogen quantitativ nicht so bedeutsam sind, weil es sich z. B. nur um die Beteiligung an einer schulischen Projektwoche handelt. Die Studie des DJI (Seckinger et al. 2016) differenziert bei Angeboten in Kooperation mit Schule nicht zwischen diesen Formen. Wird allerdings gezielt dazu befragt, zeigen sich durchaus Unterschiede. So ergab die Studie für NRW, dass knapp die Hälfte der Jugendeinrichtungen, die mit Schulen zusammenarbeiten, nur außerhalb des Ganztags aktiv sind. Die Themenfelder der Kooperation außerhalb des Ganztags sind stark geprägt von Themen mit präventiver Zielsetzung: Soziale Kompetenzentwicklung, Antige-walt-, Konflikt- und Selbstbehauptungstrainings, Sport/Bewegung/Gesundheit und Suchtprävention sind die Angebotsthemen, die häufig genannt werden (vgl. Deinet et al. 2017, S. 96). Hier könnte eine Rolle spielen, dass viele Einrichtungen mit der Schulsozialarbeit zusammenarbeiten und darüber in die Kooperation mit Schule eingebunden sind. Soziales Lernen und Konfliktbearbeitung sind typischerweise keine Schwerpunkte schulischen Lernens und Schule benötigt offensichtlich insbesondere hier die fachlichen Kompetenzen der OKJA. Damit bestätigt sich aber durchaus auch, was Lindner kritisch kommentiert und als Kompensationspädagogik bezeichnet, der zufolge die OKJA die Funktion hat, die von Schule erzeugten Probleme wie Demotivierung und Schulversagen präventiv zu bearbeiten, ohne ihre eigenen, nicht an Devianz orientierten pädagogischen Ziele realisieren zu können (vgl. Lindner 2011, S. 243-244).

Schulsozialarbeit ist mittlerweile dauerhaft vor Ort in vielen Schulen verankert. Sie ist Teil der Jugendhilfestruktur mit den typischen Arbeitsbereichen: Einzelfallhilfe und Beratung, Gruppen- und Projektarbeit, Gemeinwesenarbeit, Kooperation mit der Schule und Elternarbeit (vgl. Baier 2013, S. 402). Nach Baier teilt die Schulsozialarbeit mit der OKJA die fachlichen Konzepte und Arbeitsprinzipien und versteht sich ebenfalls als nonformelles Bildungsangebot. Im Unterschied zur OKJA verfügt sie aber nicht über eigene gestaltbare Räume, sondern arbeitet am Ort der

Schule. Dass die Schulsozialarbeit ein gewichtiger Partner der OKJA ist, lässt die Einrichtungsbeurteilung in NRW erkennen. 32 % aller Nennungen entfallen auf die Schulsozialarbeit, während z. B. nur 12 % der Nennungen auf die Hilfen zur Erziehung entfallen (vgl. Deinet et al. 2017, S. 105).

Ausgewiesene Jugendarbeitsforscher haben in einer begrenzten Evaluationsstudie mit drei Schulen in Hamburg die Kooperation mit Einrichtungen der OKJA untersucht und danach gefragt, ob es der Jugendarbeit gelingt, ihre professionellen Handlungsziele und -prinzipien in der Kooperation mit Schule möglichst weitgehend zu bewahren (vgl. Sturzenhecker et al. 2014, S. 300). Sie kommen einerseits zu dem Schluss, dass Schule sich über die Kooperation

„sozialpädagogisiert[...]: Sie versucht eine individuelle Förderung von sozialen und lernspezifischen Kompetenzen, sie strebt eine soziale Integration der Kinder und Jugendlichen an, sie erkennt die Bedeutung von (belasteten) Lebenslagen für das Lernen der Schülerinnen und Schüler und sie sucht nach einer fachlichen Vernetzung mit den anderen sozialen Organisationen im Stadtteil.“ (Sturzenhecker et al. 2014, S. 301)

Andererseits stehe bei den Fachkräften der Jugendarbeit nicht mehr die Subjekt- und Demokratiebildung im Vordergrund, sondern sie konzentrierten sich auf die Unterstützung bei der Lebensbewältigung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen (vgl. Sturzenhecker et al. 2014, S. 301).

3.1.2 Praxisbeispiele zu OKJA und Bildung/Schule

Im vorherigen Abschnitt wurde dargestellt, in welchem Umfang die OKJA eine Nachmittagsbetreuung von Schulkindern außerhalb des schulischen Ganztags anbietet. Die beiden im Folgenden dargestellten Angebote sind Beispiele für ein solches eigenständiges Angebot der Nachmittagsbetreuung.

Der Text aus dem Internetauftritt der ersten Jugendeinrichtung verdeutlicht zum einen den niedrigschwelligen und offenen Zugang zum Angebot und gibt zum anderen Hinweise auf belastete Familiensituationen, die ein solches Angebot notwendig machen. Das weitere Beispiel der Kinderwerkstatt findet zwar auch in einer Einrichtung der OKJA statt; der Zugang ist aber nicht offen, sondern die Kinder kommen über eine Kooperation mit dem Bezirkssozialdienst, der die Kinder im Rahmen der Hilfen zur Erziehung kennt und an die Einrichtungen weiterleitet.

Praxisbeispiel 1: Nachbarschaftsheim Wuppertal e. V.

Das Angebot *Mittagstisch/Kinderkantine* umfasst ein Gesamtpaket aus warmem Mittagstisch (50 Cent), Hausaufgabenbetreuung und freiem Spielangebot (beides kostenlos) für Grundschüler, maximal bis 11 Jahren. Das Angebot schließt eine Betreuungs- und Versorgungslücke für all diejenigen, die aufgrund familienungünstiger Arbeitszeiten, Doppelbelastungen der Erziehungsberechtigten oder existentieller Krisen in den Familien nicht kochen können und/oder ihre Kinder nicht bei deren Hausaufgaben begleiten können. Die Kinder können täglich neu entscheiden, ob und welche Aspekte des Gesamtpakets sie in Anspruch nehmen wollen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Die *Kinderwerkstatt* bietet 12 Kindern eine Betreuung von Montag bis Freitag in der Zeit von 12.00-16.00 Uhr an und findet in Kooperation mit dem Bezirkssozialdienst im Jugendhaus statt. Dies beinhaltet ein tägliches Mittagessen, ein wechselndes pädagogisch betreutes Freizeitangebot, das sich an den Bedürfnissen und Vorlieben der Kinder orientiert, sowie eine Hausaufgabenbetreuung. Die Kinder haben die Möglichkeit, über die Kinderwerkstatt hinaus den offenen Kinderbereich bis 18.00 Uhr zu besuchen.

Quelle: <http://www.nachbarschaftsheim-wuppertal.de>

Unter dem Aspekt ‚Gute Praxis‘ haben die Teilnehmer_innen des Fachgesprächs in Köln neben der Qualität der OKJA mit Hinweis auf Freiwilligkeit, ‚Frei-Raum‘, Flexibilität und Mobilität und Angebote an Bildungsorten der OKJA auch auf die Lernförderung in Jugendzentren hingewiesen. Lernförderung bzw. Nachhilfe ist in Einrichtungen der OKJA weniger verbreitet als die Hausaufgabenbetreuung, aber insbesondere für Kinder und Jugendliche aus armen Familien, die sich eine kommerzielle Nachhilfe nicht leisten können, von großer Bedeutung.

Im Rahmen einer Projektförderung aus dem Kinder- und Jugendförderplan (vgl. Deinet et al, o. J.) wurde beispielsweise ein Projekt gefördert, das die Lernförderung benachteiligter Jugendlicher in einem sehr belasteten Stadtteil einer Großstadt zum Ziel hat. Die Besonderheit ist, dass das Angebot in einem Container stattfindet, der sich direkt im Wohngebiet befindet und einen niedrighschwelligeren Zugang ermöglicht.

Praxisbeispiel 2: Lernförderung in Hamm

Boost your Mind! Mehr als Lernen ist der Titel eines Nachhilfeangebotes für Jugendliche und junge Erwachsene im Jugendzentrum. Jugendliche ab 12 Jahren, die Schwierigkeiten in einem oder mehreren Schulfächern haben, werden dort kostenfrei durch die Mitarbeiter_innen oder professionelle Honorarkräfte betreut. Das Angebot findet immer von Montag bis Donnerstag in der Zeit von 15:00-17:30 Uhr statt.

Quelle: <http://www.ev-jugend-hamm.de/offene-tueren/hamm-norden/>

Im Fachgespräch wurde die Kooperation mit der Schule auch unter dem Aspekt von Stolpersteinen bzw. Herausforderungen thematisiert: Schule und Lehrkräfte würden eine Dienstleistungshaltung pflegen, die zu einer Instrumentalisierung der OKJA bzw. zu einer Vereinnahmung durch Schule führen kann. Die starke Orientierung an schulischen Bildungsnormen setze zunehmend auch die OKJA unter Erfolgsdruck. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass die Grenzen der Systeme verschwimmen oder durchlässig werden (z. B. zu den Hilfen zur Erziehung) und Ressourcen für Vernetzung und eine kommunale Steuerung, die alle Ämter betrifft, notwendig sind.

3.2 Beratung in der OKJA

Geht man von den Arbeitsprinzipien der OKJA aus, dann steht die individuelle Beratung der Kinder und Jugendlichen, die das Jugendzentrum besuchen, nicht im Fokus. Kennzeichnend ist eher ein offenes, gestaltbares Angebot an alle mit eher ‚sparsamen‘ pädagogischen Interventionen. Beratung trifft aber offensichtlich auf einen Bedarf und muss im Zusammenhang mit den Beziehungen gesehen werden, die die Fachkräfte in den Jugendeinrichtungen zu ihren Besucher_innen aufbauen und die diese vertrauensvolle Beratung oft erst möglich machen.

3.2.1 Fachdiskurs zu Beratung

Im Fachdiskurs der OKJA finden sich vergleichsweise wenige Beiträge, die die individuelle Beratungsarbeit bzw. die Einzelfallarbeit thematisieren. Theoretisch wie praktisch stoßen Beratungsangebote an Grenzen, die vor allem durch die gemeinsame Praxis der Jugendlichen in der Jugendarbeit zum einen und die grundlegende Unterstellung der Souveränität der Jugendlichen im Hinblick auf die eigene Entwicklung und Lebensgestaltung zum anderen markiert sind. Die individuelle Beratung sei durchaus möglich, müsse aber beachten, dass die Souveränität der Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird und sie auch in der Gruppe der *peers* keine Souveränitätsverluste erleiden (vgl. Bettmer/Sturzenhecker 2013). Die Autoren machen weiter auf die notwendige Vertrauensbasis zu den Fachkräften, die Anforderungen an ihre Beratungskompetenz und auf räumliche Settings für die Beratungsarbeit aufmerksam.

Die individuelle Beratung kann nicht ohne den Zusammenhang mit der Interaktion oder der Beziehung der Besucher_innen zu den Fachkräften in den Einrichtungen gesehen werden. Untersuchungen zeigen, dass die jugendlichen Besucher_innen ein überwiegend positives Bild von den Fachkräften haben, sie sowohl die Nähe zur jugendlichen Lebenswelt als auch ihre Funktion als erwachsene Ratgeber_innen schätzen (vgl. Deinet et al. 2017, S. 187-188). Die hier im Weiteren vorgenommene Analyse der Ergebnisse einer Befragung von Besucher_innen der OKJA zeigt, dass es in der OKJA den dortigen Fachkräften gelingt, zu einem hohen Anteil sehr intensive Arbeitsbeziehungen zu den Besucher_innen aufzubauen, auf deren Grundlage vertrauliche Informationen weitergegeben werden und persönliche Problematiken angesprochen und bearbeitet werden können. Dies wird bezüglich einer Einzelfallorientierung im Rahmen der OKJA als durchaus positiv bewertet (vgl. Deinet et al. 2017, S. 202).

3.2.2 Empirische Ergebnisse zum Thema Beratung

In der bundesweiten Untersuchung des DJI (Seckinger et al. 2016) wird festgestellt, dass mit 87 % fast alle befragten Einrichtungen Beratung anbieten und leisten. Das besondere Kennzeichen der Beratung ist, dass sie alltagsnah ist, wobei sich dies nicht nur auf die Beratungsthemen bezieht, sondern auch auf den niedrigschwelligen Zugang. Beratung ergibt sich häufig aus den Alltagssituationen in der Einrichtung und kann flexibel gestaltet werden (vgl. Seckinger et al. 2016, S. 176-177).

Beinahe alle Jugendzentren, die Beratung anbieten, leisten Einzelberatung (86 %), zwei Drittel beraten außerdem in Gruppen (67 %). Eine hohe Bedeutung als Ausgangspunkt für Beratungsgespräche hat der offene Treff, bei dem Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, sich unverbindlich an die Mitarbeiter_in zu wenden oder sich aus Gesprächen Beratungsbedarfe herauskristallisieren. In der Wahrnehmung vieler Jugendzentren hat zudem der Beratungsbedarf ihrer Besucher_innen in den letzten Jahren zugenommen (37 %, vgl. Seckinger et al. 2016, S. 178).

Hinsichtlich der Themen, zu denen junge Menschen im Jugendzentrum beraten werden, wird deutlich, dass die Themenbereiche Konflikte (87 % der Einrichtungen), Beziehungen/Freundschaft (85 %), Familie (72 %) und Sexualität (57 %) zu den häufig genannten Beratungsanlässen gehören. Erstaunlich bedeutsam sind auch die Themenbereiche Übergang Schule/Beruf (83 %) und Schule (82 %). Gewalt (62 %), Mobbing (59 %) und Straftaten (57 %) spielen ebenfalls eine Rolle, während mit 55 % der Einrichtungen vergleichsweise wenige angeben, zu Drogen und Sucht zu beraten (vgl. Seckinger et al. 2016, S. 179).

Auch in der Studie aus NRW geben 88 % der Einrichtungen an, dass sie den Kindern und Jugendlichen Beratung anbieten können (vgl. Deinet et al. 2017). Dieser Anteil ist in den ländlichen Regionen (Kleinstadt und Landkreis) überdurchschnittlich und könnte sich vor dem Hintergrund erklären, dass hier (spezialisierte) Beratungsangebote anderer Organisationen weniger gut oder schnell erreichbar sind. Die befragten Fachkräfte, insbesondere aus den ländlichen Regionen, haben auch in dieser Studie einen vermehrten Bedarf der Besucher_innen an Beratung im Vergleich zu früher wahrgenommen. Die Schwerpunkte hinsichtlich der Beratungsthemen unterscheiden sich kaum von der Verteilung in der bundesweiten Studie.

Zu einem verantwortlichen Umgang mit dem Beratungsbedarf in Jugendeinrichtungen gehört zweifellos, auch zu erkennen, wann die Unterstützung im Hinblick auf den Beratungsbedarf nicht mehr ausreichend durch die eigene Beratung gewährleistet werden kann. Zu bedenken ist hier, dass die Fachkräfte in der Jugendeinrichtung nicht zwangsläufig ausreichende Kompetenzen für spezielle Beratungsbedarfe haben. Eine Möglichkeit ist hier die Weiterleitung an andere (Beratungs-)Institutionen bzw. Einrichtungen der Jugendhilfe. In der bundesweiten Studie geben zwei Drittel der Jugendzentren (66 %) an, dass sie an andere (Beratungs-)Institutionen weitervermitteln, wobei Jugendzentren in kreisfreien Städten sowie Gemeinden mit einem eigenen Jugend-

amt (77 %) dies signifikant häufiger tun als solche in Landkreisen (59 %). In der NRW Studie vermitteln sogar 85 % weiter. Allerdings geben mehr als die Hälfte der Einrichtungen (55 %) an, eher selten weiterzuvermitteln. ASD bzw. Jugendhilfedienste sind die Organisationen, die am häufigsten genannt wurden, wenn es um die Frage ging, an wen weitervermittelt wurde: 71 % der Einrichtungen nennen diese Stellen. Die bundesweite Studie verzeichnet bei 82 % der befragten Einrichtungen eine Weitervermittlung an das Jugendamt bzw. den ASD (vgl. Seckinger et al. 2016, S. 186-187).

Ein erstaunliches Ergebnis ist die große Bedeutung des Themas Übergang Schule/Beruf. 83 % der Einrichtungen geben an, dass sie zu diesem Thema beraten, und in 59 % der Einrichtungen ist dazu auch ein besonderes Fachwissen seitens der Fachkräfte vorhanden. Zudem geben 59 % der Einrichtungen an, dass sie an die Berufsberatung weitervermitteln, und 64 % der Einrichtungen machen Angebote zur Vorbereitung auf das Berufsleben (vgl. Seckinger et al. 2016, S. 179, S. 184, S. 187, S. 118). Vor dem Hintergrund des Profils der Besucher_innen mit einem hohen Anteil von Hauptschüler_innen mit besonderen Problemen hinsichtlich einer erfolgreichen Berufseinmündung ist es nachvollziehbar, dass die Jugendeinrichtungen diese Thematik in der Beratung so deutlich aufnehmen.

Mehr als 75 % der befragten Einrichtungen stimmen der folgenden Aussage zu: „Wir scheinen oft die einzigen Erwachsenen zu sein, an die sich Jugendliche bei Problemen wenden“ (Seckinger et al. 2016, S. 182). Vor diesem Hintergrund kann die Schlussfolgerung nur unterstrichen werden:

„Nach außen wird in der (Fach)öffentlichkeit bislang viel zu wenig dargestellt, dass Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in größerem Umfang Beratungsleistungen erbringen und für viele Kinder und Jugendliche eine wichtige Ressource bei der Bewältigung der Herausforderungen des Aufwachsens und der alterstypischen Entwicklungsaufgaben darstellen. Die Aufgabe für Einrichtungen besteht darin, dies noch besser als bisher in angemessener Art und Weise zu beschreiben und das Besondere der Beratung im Vergleich zu anderen Beratungsstellen darzulegen.“ (Seckinger et al. 2016, S. 189)

3.2.3 Praxisbeispiele zu Beratung in der OKJA

Beratungsarbeit hat zwar eine große Bedeutung in der OKJA, wird aber auch in der Praxis eher weniger deutlich dargestellt und beworben. Im Folgenden werden zwei Angebote vorgestellt, die so im Internetauftritt der Einrichtungen zu finden sind. Deutlich wird die starke Bedeutung der Beratung zum Thema Übergang Schule/Beruf bzw. Berufseinmündung und veranschaulicht damit die bereits im vorherigen Abschnitt dargestellten empirischen Ergebnisse zum Thema Beratung in Einrichtungen der OKJA.

Praxisbeispiel 1: Beratungsangebot der Jugendarbeit Hamm Norden e.V.

„*Hilfen ohne Hilfeplan*: In dieser Kategorie handelt es sich primär um folgende Themen:

- delinquentes Verhalten (Suchtproblematik/Kriminalität)
- Probleme im Elternhaus
- U25 – Bescheinigungen (Wohnungssuche)
- Elternberatung/Erziehungsproblematik
- Vermittlungsgespräche (z. B. Schule)

Jugendberufshilfe: In dieser Kategorie geht es hauptsächlich um folgende Themen:

- Ausbildungsplatz-/Arbeitsstellensuche
- Bewerbungsschreiben
- Beratung in Bezug auf weiterführende Schulen/VHS

Jugendliche vs. Bürokratie: Dabei geht es in erster Linie um Unterstützungen bei Anträgen oder anderen Formalitäten wie z. B.:

- ALG I und II – Anträge
- Kündigungen
- Gerichts- bzw. Mahnverfahren
- Widersprüche“

Quelle: <http://jugendarbeit-hamm-norden.de/arbeitsfelder/hilfen-zur-erziehung/beratung/>

Mit ‚Hilfen ohne Hilfeplan‘ ist gemeint, dass Jugendliche beraten werden, ohne dass sie vorher als Klient_innen im System der Hilfen zur Erziehung erfasst worden sind. Damit wird die Niedrigschwelligkeit und Offenheit der Beratungsarbeit deutlich. Im zweiten Beispiel wird deutlich, dass das Beratungsangebot auch einen festen Zeitrahmen haben kann.

Praxisbeispiel 2: Beratungsangebot der Offenen Tür im Erich Brühmann Haus, Bochum

„Im *Wegweiser Projekt* kümmern wir uns gemeinsam mit Dir um alle Fragen rund um Schulabschluss, Berufsfindung, Ausbildung, Praktika. Wenn Du Unterstützung benötigst bei Ämtergängen oder deren Formulare, bist Du hier auch genau richtig. Das Wegweiser-Café hat montags von 10:00 - 12:00 Uhr geöffnet, aber auch immer nach Absprache.“

Quelle: <http://www.ot-werne.de/wegweiser.htm>

Ein zentrales Thema des Fachgesprächs in Köln war die Frage, wie die Beratungsleistung der OKJA besser sichtbar gemacht werden kann, ohne damit deren Qualitäten zu gefährden. Diese

Qualitäten bestehen darin, dass die Beratung in der OKJA ohne den Stempel der Beratungsstelle stattfindet („man kann auch so zu uns gehen“). Dies wird als Stärke und Schwäche gesehen. Interessant sind auch die Aspekte zur aufsuchenden Arbeit, die anscheinend mehr Einzelfallkontakte und damit auch Beratungstätigkeiten erzeugt. Wenn es keine OKJA gäbe – so die Feststellung der Teilnehmer_innen – müssten alle Jugendberatungsstellen viel stärker niedrigschwellige, vielleicht sogar aufsuchende offene Angebote machen, um Jugendliche überhaupt zu erreichen. In diesem Zusammenhang wird die Transferleistung der OKJA betont, in der viele Jugendliche oft durch persönliche Begleitung zu Beratungsstellen übergeleitet werden. Lebensberatung als niedrigschwellige psychosoziale Beratung ist ein wichtiges Element der Präventionskette. In einzelnen Jugendeinrichtungen gibt es festgelegte Zeiten für Beratungen und auch ein Berichtswesen und eine Qualitätsdiskussion dazu. Es wird aber auch kritisch darauf hingewiesen, dass insbesondere der offene Bereich vernachlässigt werden könnte, wenn von manchen Fachkräften zu viel Zeit in die intensive Beratung und Einzelfallhilfe investiert wird, von der relativ wenige Jugendliche profitieren.

3.3 OKJA und Prävention von Armutsfolgen

Viele Kinder und Jugendliche in Deutschland sind nach wie vor von materieller Armut betroffen. Ein Indikator zur Bestimmung des Umfangs von Einkommensarmut ist der Leistungsbezug nach SGB II. Im Jahr 2015 lebten deutschlandweit fast zwei Millionen unter 18-Jährige in einer Familie, die auf diese staatliche Grundsicherung angewiesen war. Das entspricht 14,7 % dieser Altersgruppe (vgl. Laubstein/Holz/Seddig 2016, S.7). In NRW lag dieser Anteil im Jahr 2014 sogar bei 19,0 %, während er bezogen auf die gesamte Bevölkerung bei 11,3 % lag. Problematisch ist dabei auch, dass der Anteil der Minderjährigen mit Hilfebezug in den letzten Jahren noch gestiegen ist; im Jahr 2011 waren 17,5 % der unter 18-Jährigen in NRW von der staatlichen Grundsicherung abhängig (vgl. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW 2016, S. 279). Kinder- und Jugendarmut ist dabei gerade in NRW sehr ungleich verteilt. Die SGB II-Quote der Minderjährigen variierte Ende des Jahres 2014 zwischen 37,4 % in Gelsenkirchen und 8,5 % im Kreis Coesfeld (vgl. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW, S. 279). Noch größer ist die Streuung, wenn unterhalb der Ebene der Städte und Landkreise die Mindestsicherungsquote kleinräumig betrachtet wird. Datenbasis sind hier vereinzelt vorliegende statistische Berichte der Kommunen. So teilt beispielsweise die Stadt Düsseldorf die Stadt in 166 sozial homogene Räume und ordnet ihnen unterschiedliche Indikatoren zu. Im Rahmen der regelmäßigen Fortschreibung liegen für das Jahr 2014 Daten zur Kinder- und Jugendarmut vor, wobei auf den SGB II-Hilfebezug zurückgegriffen wird. Demnach stehen einer Reihe von Sozialräumen ohne Minderjährige im Hilfebezug Sozialräumen gegenüber, in denen der Anteil deutlich über 50 % bei bis zu 72 % liegt, während der stadtweite Durchschnitt mit 20,7 % nur leicht über dem Landesdurchschnitt liegt. Düsseldorf gehört damit zu den stark segregierten Städten mit großen Unterschieden, während vor allem die Ruhrgebietsstädte eine insgesamt hohe Hilfequote aufweisen, innerhalb der Stadt aber weniger segregiert sind (vgl. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW 2016, S. 452).

Die Stadt Mülheim an der Ruhr hat auf der Basis der Hilfequoten Minderjähriger (bis unter 15-Jährige) differenziert untersucht, wie sich die Kinder- und Jugendarmut in der Stadt kleinräumig betrachtet verändert hat. Ende 2009 haben 22,9 % in dieser Altersgruppe Sozialgeld nach SGB II bezogen, Ende 2013 stieg dieser Anteil (Sozialgeldquote) auf 25,2 %. Diese Steigerung verteilte sich nicht gleichmäßig auf das Stadtgebiet. Betroffen sind insbesondere Gebiete, die bereits im Jahr 2009 überdurchschnittlich oft von Familien bewohnt wurden, die SGB-II-Leistungen bezogen. Hier stieg sie häufig überdurchschnittlich an, während der Anteil der armen Kinder und Jugendlichen in Gebieten mit niedriger Sozialgeldquote zurückging (vgl. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW 2016, S. 487-504).

3.3.1 Fachdiskurs zum Thema Kinder- und Jugendarmut

Auch wenn sich die OKJA grundsätzlich an alle Kinder und Jugendliche richtet, so ist doch deutlich geworden, dass benachteiligte junge Menschen in überdurchschnittlichem Maße erreicht werden. Welche Lebenslagen der Hintergrund dafür sind, ist dagegen wenig erforscht, wenn man von einfachen sozialstatischen Merkmalen wie Schulbesuch und Bildungsstand der Eltern absieht. Vor allem ist nicht bekannt, in welchem Umfang materielle Armut die Lebenslage der Besucher_innen der OKJA prägt. Andererseits spiegeln Berichte aus der Praxis der OKJA durchaus genau diese Problemlagen. Im Fachdiskurs der OKJA spielt das Thema jedoch kaum eine Rolle, wenngleich es im weit verbreiteten Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit (Deinet/Sturzenhecker 2013) immerhin einen Artikel dazu gibt (vgl. Oskamp 2013). Weitere Hinweise lassen sich aus vereinzelt Evaluationsstudien entnehmen (vgl. z. B. Kommunalpädagogisches Institut 2010).

Zu Kinder- und Jugendarmut und ihren Folgen als gesellschaftlichem Problem liegen dagegen Studien vor. Einen guten Überblick geben Laubstein/Holz/Seddig (2016), die im Rahmen einer Metaanalyse vorliegender Studien zur Kinderarmut die Folgen materieller Armut für Kinder und Jugendliche beschreiben. Von Bedeutung sind hier vor allem die von den Autorinnen verfassten längsschnittlichen Untersuchungen im Auftrag der AWO. Grundsätzlich wird festgestellt, dass die Einkommenssituation der Familien bzw. Haushalte, in denen Kinder aufwachsen, eine entscheidende Rolle für ihre Chancen spielen, weil sie sowohl für ihre materielle (Grund-)Versorgung als auch für ihre Teilhabemöglichkeiten z. B. an Bildungs- oder Freizeitangeboten bestimmend ist (vgl. Laubstein/Holz/Seddig 2016, S. 12).

Der Bereich Ernährung gehört zur materiellen Grundversorgung. Etwa ein Viertel der armen Kinder und Jugendlichen sind teilweise bis häufig davon betroffen, dass hier „Versorgungsengpässe auftreten; das betrifft sowohl Einschränkungen der Qualität zugunsten einer ausreichenden Quantität als auch Schwierigkeiten bei der zuverlässigen Finanzierung der außerhäuslichen Versorgung in Tageseinrichtungen für Kinder (Kita) und Schulen“ (Laubstein/Holz/Seddig 2016, S. 46). Kinderarmut wirkt sich aber vor allem auf den Bildungserfolg aus. Die betroffenen Kinder und Jugendlichen besuchen zu einem überdurchschnittlichen Anteil eine Hauptschule bzw.

schließen überdurchschnittlich oft die Schule ohne Abschluss ab. Zudem belegt die Kinderarmutsforschung, dass alle nonformalen und informellen Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote, die mit Kosten verbunden sind, von armen jungen Menschen wesentlich seltener in Anspruch genommen werden. Auch dadurch verengen sich die „Erlebnis-, Erfahrungs- und Bildungsmöglichkeiten der betroffenen Kinder und Jugendlichen“ (Laubstein/Holz/Seddig 2016, S. 62). Eine weitere Folge sind gesundheitliche Beeinträchtigungen. Am deutlichsten ist ein Zusammenhang zwischen Armut und sportlicher Betätigung feststellbar: Der Anteil der armen 16-Jährigen, die weder Vereins- noch Freizeitsport betreiben (41 %), unterscheidet sich erheblich von dem der nicht armen (25 %, vgl. Laubstein/Holz/Seddig 2016, S. 67).

Oskamp (2013) fasst zusammen, dass die Lebenslagen von armen Kindern und Jugendlichen geprägt sind von

- Einschränkungen der materiellen Grundversorgung (Essen, Kleidung, Wohnen),
- fehlenden Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten (Bildung, soziale Infrastruktur),
- schwächeren sozialen Netzwerken (Familie, Freundschaften, Kontakte),
- belastenden Alltagssituationen (Erholungsmöglichkeiten),
- gesundheitlichen Problemen.

Nach Holz kann Prävention Armut in einer auf Erwerbsarbeit und Geldbeziehungen basierenden Gesellschaft nicht abwenden (vgl. Holz 2010). Es gehe im Zusammenhang mit Armutsprävention eher um die Frage, wie vorhandene materielle Ressourcen und Chancen in einer Gesellschaft verteilt sind und wie eine wachsende Ungleichheit zwischen verschiedenen sozialen Gruppen entsteht. Armutsprävention sind Handlungsansätze zur Gegensteuerung sowohl bezogen auf die strukturellen Ursachen wie auch bezogen auf die individuellen Folgen von Armut. Da Kinder und Jugendliche in Deutschland zu den am stärksten armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen gehören, ist die

„Politik als verantwortlicher Gestalter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen [...] aufgerufen, mehr und zugleich anders als bisher in die finanzielle Sicherheit von Kindern und Familien sowie in die (Armut-) Prävention zu investieren. Dabei geht es insbesondere um die Weiterentwicklung der Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und deren Familien“ (Laubstein/Holz/Seddig 2016, S. 80).

Mit Armutsprävention verbunden ist die Förderung von Resilienz der betroffenen Kinder und Jugendlichen durch Stärkung ihrer personalen und sozialen Ressourcen. Nach Zander kommt der Sozialen Arbeit die Aufgabe zu, „die Kinder und ihre Familien bei der Bewältigung ihrer Lebenslage zu unterstützen, einen Ausgleich für ihren eingeschränkten Zugang zu materiellen wie immateriellen Ressourcen herzustellen, also kompensierend zu agieren“ (Zander 2012, S. 15). Sie nennt konkret Angebote für die Grundversorgung von Kindern wie etwa ein warmes Mittagessen in Ganztagschulen und in offenen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit. Weiterhin

nennt sie Angebote, die den Kindern Zugang zu Ressourcen ermöglichen, die sie bei ihrer altersgemäßen Bewältigung von Entwicklungsaufgaben unterstützen und fördern. „Ich nenne nur einige wesentliche Aspekte: Kinder in Armutslagen sind eingeschränkt gegenüber anderen Kindern in der Ausbildung ihrer Fähigkeiten und Neigungen, in ihrer räumlichen Mobilität und ihrem Aktionsradius, ihren Erholungsmöglichkeiten und häufig auch in ihren sozialen Kontakten zu Gleichaltrigen“ (Zander 2012, S. 15).

Mit Verweis auf die hohen Zahlen armer junger Menschen in einigen Regionen Sachsens besteht nach Ehlert *eine* Aufgabe von Jugendarbeit darin, Kinder und Jugendliche mit Essen zu versorgen und als ‚Suppenküche‘ zu fungieren. Kinder und Jugendliche würden von ihren Familien materiell und emotional schlecht versorgt und die Jugendarbeit übernimmt „eine stützende, fast familienersetzende Funktion“ (Ehlert 2006, S. 99).

Die OKJA bietet vor dem Hintergrund ihrer Arbeitsprinzipien gute Voraussetzungen für niedrigschwellige, beziehungs- und beteiligungsorientierte Angebote für arme Kinder und Jugendliche. Sie lassen sich in Angebote der Grundversorgung (z. B. warme Mahlzeiten), Angebote, die Teilhabe an Geselligkeit, Kultur und Bildung ermöglichen, und Angebote, die über Beziehungsarbeit Selbstbewusstsein und Selbstwirksamkeit stärken und personale und soziale Fähigkeiten entwickeln, unterscheiden (vgl. Oskamp 2013, S. 133).

3.3.2 Empirische Ergebnisse zur Prävention von Armutsfolgen

Empirische Daten zur materiellen Situation der Besucher_innen der OKJA liegen nur sehr begrenzt vor. Die befragten Einrichtungen in NRW schätzen, dass rd. 37 % ihrer Stammbesucher_innen aus Bedarfsgemeinschaften nach SGB II kommen, wobei diese Angabe vor dem Hintergrund der begrenzten Zahl der Einrichtungen aus insgesamt vier Kommunen in NRW nicht repräsentativ sein kann (vgl. Deinet et al. 2017).

Repräsentativ, aber auch nicht mehr als ein Hinweis ist die Befragung von Jugendlichen zur Bedeutung der Nutzungsmöglichkeiten eines Jugendzentrums. Je nach Altersgruppe kreuzten 79 % bis 81 % die Antwort *Freizeit ohne Geld ausgeben* an (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017, S. 394). Im Rahmen einer Jugendbefragung der Stadt Essen wurde auch das verfügbare monatliche Taschengeld für Freizeit erhoben. Dabei zeigte sich, dass 12 % der befragten Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren mindestens einmal wöchentlich ein Jugendzentrum besuchen. Bei den Jugendlichen mit einem monatlichen Taschengeld von höchstens 25 Euro waren es 16 % (vgl. Stadt Essen 2008, Band II, S. 104).

Mehr als in den anderen Feldern der sozialen Arbeit ist man hier auf Fallstudien angewiesen. Im Folgenden wird aus einem Interview mit einem Mitarbeiter im Rahmen der Hamburger Evaluation der OKJA zitiert:

„Also, wenn ich mir das mal so anschau, würde ich sagen: Von zehn Kindern sind mindestens drei bis fünf verwaist in unterschiedlichen Bereichen. (...) Mindestens einer oder zwei kriegen nicht mal genug zu essen oder haben nicht vernünftige Klamotten. Mindestens drei von

zehn kriegen zwar was zu Essen und haben saubere Klamotten, aber keine Regelungen, keine Aufsicht: Wann geht das Kind ins Bett, wann macht es dies, wann macht es jenes. (...) Mindestens zwei, die geschlagen werden. Ich würde mal sagen: Vier sind okay von den zehn, wenn man von zehn Kindern ausgeht. Der Rest, also sechs, haben alle was. Entweder hat die Mutter Depressionen oder der Vater ist Alkoholiker oder die Eltern leben zusammen, obwohl sie sich hassen oder aber es gibt dieses: Türkisch-Deutsch, diesen Migrationshintergrund, was die Kinder völlig verrückt macht: Was sind sie, was sollen sie, was dürfen sie? (...) Und von zehn sind acht arm.“ (Kommunalpädagogisches Institut 2010, S. 59)

Wie zuvor beschrieben, kommt der materiellen Grundversorgung z. B. mit einem warmen Essen in der Armutsprävention eine Bedeutung zu. In welchem Umfang hier die Einrichtungen der OKJA aktiv sind, lässt sich aus einigen Studien erkennen. In den untersuchten Kommunen in NRW gaben 38 % der befragten Einrichtungen an, dass sie regelmäßig warme Mahlzeiten anbieten, wobei der Anteil in Einrichtungen, die in belasteten Stadtteilen angesiedelt sind, sogar bei 47 % lag (vgl. Deinet et al. 2017). Da die wenigsten Einrichtungen gleichzeitig im Rahmen des Ganztags mit Schule kooperieren, kann ausgeschlossen werden, dass das Angebot überwiegend damit im Zusammenhang steht.

Darüber hinaus ist von Bedeutung, dass die OKJA Angebote macht, die für arme Kinder und Jugendliche wichtig sind, weil sie kostenfrei bzw. kostengünstig Zugang zu einer abwechslungsreichen Freizeitgestaltung und zu kultureller und sportlicher Betätigung ermöglichen und die Mobilität erweitern. Die folgenden Ergebnisse können nicht belegen, in welchem Umfang sie von armen Kindern und Jugendlichen genutzt werden, zeigen aber eine klare Tendenz in diese Richtung.

Die bundesweite Erhebung zeigt, dass 85 % der Einrichtungen ferienfreizeitbezogene Angebote/Ausflüge vorhalten und 53 % auch mehrtägige Ferienfahrten im Angebot haben (vgl. Seckinger et al. 2016, S. 118-119). Eine Auswertung der Projekte, die unter der Überschrift *Angebote der Offenen Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten, bzw. für sozial benachteiligte Jugendliche* gesondert gefördert wurden⁶, ergab, dass *Feste, Ausflüge und Exkursionen* mit 65 % das zweithäufigste Angebotsformat in diesem Bereich war (vgl. Deinet et al., o. J.). Sportlich-erlebnispädagogische Angebote werden bundesweit von 69 % der Einrichtungen der OKJA genannt (vgl. Seckinger et al. 2016, S. 118), in der Evaluationsstudie aus NRW sind es sogar 74 % (vgl. Deinet et al., o. J.).

Arme Kinder und Jugendliche haben mehr schulische Probleme als andere, können sich in der Regel aber keine Nachhilfe leisten, die überwiegend, d. h. zu gut zwei Dritteln, von Eltern privat finanziert wird (vgl. Klemm/Hollenbach-Biele 2016, S. 9). Vor diesem Hintergrund kommt dem kostenfreien Angebot im Jugendzentrum eine Bedeutung zu, das von 51 % der bundesweit befragten Einrichtungen auch tatsächlich angeboten wird (vgl. Seckinger et al. 2016, S. 118). In der Evaluationsstudie aus NRW geben 35 % der Projekte an, dass sie Nachhilfe und Unterstützung

⁶ Die Projekte sind Teil einer gesonderten Förderposition des Kinder- und Jugendförderplans des Landes NRW, die in den Jahren 2014 bis 2016 auf Basis von Anträgen von Einrichtungen der OKJA gefördert wurden. Die Daten beziehen sich auf 23 Projekte, die sich an der Evaluation beteiligt haben.

bei schulischen Problemen außerhalb der Schule anbieten, und 26 % bieten Sprachförderung (Deinet et al., o. J.).

Ausführlich beschäftigt sich die Evaluationsstudie aus Hamburg mit dem Thema des Ausgleichs sozialer Benachteiligung durch die OKJA (vgl. Kommunalpädagogisches Institut 2010, S. 55-62). Die wichtigsten Aussagen derselben werden im Folgenden wiedergegeben. Die acht evaluierten Einrichtungen werden überwiegend von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien besucht.

„In der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gibt es grundsätzlich keine Angebotsform, die ausschließlich dem Ausgleich von sozialer Benachteiligung dienen soll. Vielmehr gibt es zum einen Angebote, die besondere Bedarfe und Hintergründe der NutzerInnen berücksichtigen und mittelbar zum Ausgleich von Benachteiligung führen. Zum anderen ist die Vielfalt von Angebotsformen und Angebotsinhalten wichtig, damit möglichst viele unterschiedliche Typen von BesucherInnen angesprochen werden können.“ (Kommunalpädagogisches Institut 2010, S. 56)

Zu den Angeboteinhalten heißt es:

„Alle Einrichtungen halten Angebote vor, die unmittelbar oder mittelbar dazu beitragen, soziale Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen abzubauen. Hierzu zählen Beratungsangebote ebenso wie Bewerbungstrainings oder Hausaufgabenhilfe. Auch Angebote, die eine stärkere kulturelle Teilhabe ermöglichen, befinden sich im Repertoire der meisten Einrichtungen. Die Spannweite ist dabei groß: von ausliegenden Tageszeitungen, einer hauseigenen Bibliothek, über Themenabende, Konzert- und Theaterbesuchen, Kinoveranstaltungen und Kinobesuche, Stadtteil-Rallyes bis hin zu Ausflügen ins Hamburger Umland, Wochenendausflügen und Reisen ins In- und Ausland. Besonders häufig wurde erwähnt, wie wichtig es ist, dass in allen Einrichtungen die Möglichkeit geboten wird, etwas zu kochen bzw. zu essen. Damit setzt sich eine Entwicklung fort, die bereits seit einigen Jahren in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg beobachtet wird. Die Einrichtungen achten darauf, dass sie ein kostenfreies oder kostengünstiges Essens- und/oder Snackangebot vorhalten, das möglichst frisch zubereitet wird und gesund ist“ (Kommunalpädagogisches Institut 2010, S. 57).

Unter methodischen Gesichtspunkten wird festgehalten:

„Durch intensive Beziehungsarbeit versuchen die MitarbeiterInnen der Einrichtungen einen guten Kontakt und eine enge Beziehung zu den Kindern und Jugendlichen aufzubauen. Der niedrigschwellige Charakter offener Angebote begünstigt dabei die Möglichkeit der MitarbeiterInnen, einen ersten Kontakt zu den BesucherInnen ihrer Einrichtung herzustellen. Sie animieren die Kinder und Jugendlichen immer wieder zur selbstständigen und verantwortlichen Nutzung der Einrichtung und versuchen darüber ein Empowerment der Kinder und Jugendlichen zu fördern. Dabei zeigt sich, dass viele BesucherInnen immer wieder motiviert werden müssen, die vorhandenen Angebote an- und wahrzunehmen.“ (Kommunalpädagogisches Institut 2010, S. 58)

Die Einrichtungen verfügen nach Ansicht der Evaluator_innen teilweise jedoch nicht über die nötigen Ressourcen, um soziale Benachteiligungen, beispielsweise durch neue und moderne Spielgeräte oder Spiele, auszugleichen. Auch größere Ausflüge oder Auslandsreisen stellen die Einrichtungen trotz finanzieller Zuschüsse bzw. Vergünstigungen vor große Herausforderungen. Die Evaluation stellt zudem fest, dass der Alltag einiger Besucher_innen von Alkohol-, Drogen-

oder Spielsucht sowie von Sprachschwierigkeiten, Arbeitslosigkeit und/oder psychosozialen Defiziten gekennzeichnet ist. Die pädagogische Arbeit gehe in diesen Fällen oft über reine Jugendfreizeitaktivitäten hinaus. Die Hamburger Evaluationsstudie empfiehlt, das Angebot der OKJA zum Ausgleich sozialer Benachteiligung und das damit verbundene präventive Potential vor allem durch die Verbesserung der nur begrenzt in den Einrichtungen vorhandenen Ressourcen (Zeit, Geld, Personal) sicherzustellen.

3.3.3 Praxisbeispiele zur Prävention von Armutsfolgen

In der Arbeitsgruppe zu diesem Thema im Rahmen des Fachgesprächs in Köln wurde zuerst auf die Frage eingegangen, woran Armut und Mangel bei den Besucher_innen zu erkennen sei. Genannt wurde, dass Kinder erkennbar Hunger haben und durch fehlende Körperhygiene und mangelhafte Bekleidung auffallen. Viele sind sich selbst überlassen, es fehle ihnen Selbstbewusstsein und sie benötigten vermehrt Zuwendung. Eingeschränkte Mobilität und kulturelle Teilnahme sind weitere Merkmale. Ein Indikator für zunehmende Armut sind Wunschlisten zu Weihnachten, die immer häufiger ‚nützliche‘ Geschenke wie Winterstiefel etc. enthalten würden.

Eine weitere Diskussionsrunde des Fachgesprächs thematisierte die Ansätze, die Finanzierung von Angeboten wie Ausflüge, Reisen etc. zu gewährleisten, weil häufig die Eigenanteile für Angebote nicht finanzierbar sind. Genannt wurden private Sponsor_innen, Sozialfonds, die Akquise der Mittel über das BUT-Programm und ‚individuelle Spardosen‘ im Jugendzentrum, über die die Kinder und Jugendlichen ganzjährig ansparen können. Gefordert wurde die Erhöhung der städtischen Zuschüsse für Freizeiten, um Teilhabe zu fördern. Ein Beispiel für eine Kommune, die im Rahmen ihrer koordinierten Präventionsarbeit eine Lösung anbietet, ist die Stadt Hückelhoven.

Praxisbeispiel 1: Unbürokratische Hilfen für Kinder und Jugendliche in Hückelhoven

Das Netzwerk Hückelhoven für Kinder unterstützt die Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in belasteten Lebenssituationen durch unbürokratische Hilfen. Die Unterstützung besteht aus der anteiligen Übernahme von Kosten für Ferienfahrten, Kulturveranstaltungen, Sportausrüstungen und vieles mehr.

Die Besonderheit ist, dass der Hilfsfonds beim Stadtjugendring angesiedelt ist und Bildungseinrichtungen wie zum Beispiel Vereine, Verbände, Jugendeinrichtungen, Kitas oder Schulen, die sich durch genaue Kenntnisse der Bedarfslagen der Kinder und Jugendlichen auszeichnen, für diese Anträge stellen können.

Quelle: https://www.hueckelhoven.de/site/uploads/2016/11/2016-10-19_Pressemitteilung-Hilfsfond.pdf

Die Teilnehmer_innen waren sich aber auch weitgehend einig in der Einschätzung, dass die OKJA keine Stigmatisierung der armen Kinder und Jugendlichen betreiben darf. Das Angebot ist für alle da und Prävention ist auch die positive Erfahrung mit Gleichaltrigen in der Gruppe.

Ein Beispiel für ein stärker strukturbezogenes Vorgehen im Umgang mit sozialen Benachteiligungen, das sich gezielt auf die OKJA bezieht, findet sich in der Stadt Frankfurt (2012). Hier wird gezielt die Infrastruktur von Einrichtungen der OKJA in benachteiligten Stadtteilen verstärkt, um darüber mehr arme Kinder und Jugendliche zu erreichen.

Praxisbeispiel 2: Strukturmodell zur Stellenausstattung der OKJA in Frankfurt a.M.

In einem Beschluss des Jugendhilfeausschusses wird festgehalten, dass die Einrichtungen der OKJA u. a. „ein wichtiges Instrument für die Armutsprävention für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Milieus“ sind. In benachteiligten Stadtbezirken wird die Personalausstattung, die sich in der Basisvariante aus zwei Stellen je 1.000 junge Menschen berechnet, über einen sogenannten „Benachteiligungszuschlag (Inklusionszuschlag)“ verstärkt.

„Der Zuschlag errechnet sich aus der Anzahl der 6- bis unter 21-Jährigen und des Rangplatzes des Stadtbezirks im Benachteiligungsindex des Monitorings zur sozialen Segregation und Benachteiligung in Frankfurt am Main. Dem genannten Index liegen die Benachteiligungsmerkmale ‚Arbeitslosendichte‘, ‚Anteil existenzsichernder Mindestleistungen‘ und ‚Wohnfläche je wohnberechtigtem Einwohner/in‘ zugrunde.“ (Stadt Frankfurt a. M. 2012, S. 3)

3.4 Zwischenfazit

Vor dem Hintergrund eines Verständnisses von Prävention, das Prävention weniger als eine defizitorientierte Strategie zur Vermeidung unerwünschter Entwicklungsverläufe, sondern mehr als ermöglichende, unterstützende und fördernde Struktur der Lebensbewältigung, wurden ausgewählte Handlungsfelder der OKJA näher beleuchtet, um Hinweise auf präventive Potentiale zu gewinnen. Betrachtet wurden sowohl der Fachdiskurs wie auch die allerdings nur begrenzt vorhandenen Ergebnisse von Forschungsprojekten. Die Befunde wurden durch Beispiele aus der Praxis ergänzt.

Zum Handlungsfeld *OKJA und Bildung bzw. Schule* lässt der Fachdiskurs erkennen, dass die OKJA über ein nicht an Defiziten und Devianz orientiertes sozialpädagogisches Bildungs- und Erziehungsverständnis verfügt, das die Alltagswelt und Lebenslagen insbesondere der benachteiligten Kinder und Jugendlichen anerkennend berücksichtigt. Mit diesem Ansatz kann die OKJA ein eigenes Profil in der Kooperation mit Schulen entwickeln. Forschungsergebnisse zeigen, dass die OKJA vielfach ihre eigenen Orte und Räume in diese Kooperation einbringt. Zusammen mit der ausgeprägten Freizeitorientierung der Angebote und der vielfach auch gegebenen Freiwilligkeit des Angebots könnte dies eine gute Voraussetzung dafür sein, dass die OKJA ihre Ziele und Arbeitsweisen auch in der Kooperation mit Schulen umsetzen kann.

Zudem wurde festgestellt, dass die OKJA unabhängig von der Kooperation mit der Ganztagschule nach wie vor ein eigenständiges Angebot der Nachmittagsbetreuung mit Mittagessen, Schulunterstützung und Freizeitangebot ist. Die Gründe dafür sind vielfältig und reichen von zu

hohen Kosten des Ganztagsangebots bis hin zu mangelnder Attraktivität des Ganztags. Es gibt Hinweise darauf, dass die OKJA hier eine vorhandene soziale Selektivität zumindest der offenen Ganztagsangebote an der Schule in diesem Sinne strukturell kompensiert.

Individuelle Beratung der Kinder und Jugendlichen, die das Jugendzentrum besuchen, steht von der Grundkonzeption der OKJA her nicht im Fokus der Arbeit. Im Fachdiskurs wird eher ein offenes, gestaltbares Angebot an alle mit ‚sparsamen‘ pädagogischen Interventionen hervorgehoben. Zudem wird davor gewarnt, dass ein Ausbau der Beratungskompetenz mit Einzelfallhilfen dazu führen könnte, dass diese beispielsweise im Rahmen der Hilfen zur Erziehung nicht mehr (oder in geringerem Umfang) als notwendig erachtet werden.

Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass die Arbeit im Jugendzentrum in der Regel durch ein sehr vertrauensvolles Verhältnis der Fachkräfte zu den Besucher_innen geprägt ist. Dies dürfte eine wesentliche Grundlage dafür sein, dass diese um Beratung ersuchen, auch vertrauliche Informationen weitergeben und so persönliche Problematiken angesprochen und bearbeitet werden können. Fast alle Einrichtungen geben in Befragungen an, dass sie vor allem bei Problemen und Konflikten in Alltagssituationen beraten und im Bedarfsfall auch weitervermitteln. Der Beratungsbedarf hängt möglicherweise auch damit zusammen, dass die OKJA überproportional Kinder und Jugendliche aus marginalisierten Soziallagen erreicht.

Die *Bearbeitung von Armutsfolgen* wurde als ein Handlungsfeld der OKJA identifiziert, das weder im Fachdiskurs der OKJA noch in Forschungsprojekten bislang genügend Beachtung findet. Dabei sind Kinder und Jugendliche überdurchschnittlich oft von materieller Armut betroffen. Ihre Lebenslage ist nicht nur geprägt von Einschränkungen der materiellen Grundversorgung (Essen, Kleidung, Wohnen), sondern auch von fehlenden Lern-, Erfahrungs- und Erholungsmöglichkeiten, schwächeren sozialen Netzwerken und gesundheitlichen Problemen. Armutsforscher_innen fordern eine Weiterentwicklung der Infrastruktur, um die Kinder und Jugendlichen und ihre Familien bei der Bewältigung dieser Lebenslage zu unterstützen und vor allem einen Ausgleich für den beschränkten Zugang zu materiellen wie immateriellen Ressourcen herzustellen. Obwohl nur begrenzt gesicherte empirische Erkenntnisse vorliegen, dürfte zutreffend sein, dass die Einrichtungen der OKJA vor allem in den Großstädten viele arme Kinder und Jugendliche erreichen. Sie sichern häufig die materielle Grundversorgung mit einem warmen Essen und ermöglichen darüber hinaus Teilhabe an Sport- und Freizeitangeboten und Ferien- und Erholungsangeboten.

4 OKJA in Präventionsketten und kommunalen Netzwerken

Viele Kommunen in NRW haben damit begonnen, Netzwerke der Bildung, Betreuung und Erziehung aufzubauen, die vor allem das Ziel haben, einen Beitrag zu einem gelingenden Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu leisten. Insbesondere benachteiligte junge Menschen und ihre Familien sollen von den durch Vernetzung gesteigerten Leistungen und Angeboten profitieren. Grob können die Netzwerke in solche unterschieden werden, die horizontal Bildungsorte als Bildungslandschaften verknüpfen, und in solche, die Unterstützungsleistungen entlang der Biographie von Kindern und Jugendlichen verbinden. Die Frage ist, welche Rolle die OKJA in diesen Netzwerken spielt, welche präventiven Potentiale sie gegebenenfalls einbringen kann und wo diesbezüglich Stolpersteine liegen.

4.1 Kommunale Präventionsketten

Unter Präventionsketten werden kommunale Netzwerke verstanden, die entlang der gesamten (Bildungs-)Biographie von der Geburt bis zum Jugendalter das Ziel haben, bestehende Angebote zu vernetzen und Angebotslücken zu identifizieren, um insgesamt herkunftsbedingte soziale Ungleichheiten auszugleichen („Ungleiches ungleich behandeln“). In NRW sind dabei zwei Programme von Bedeutung.

Das Programm *Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor* (KeKiz) unterstützt insgesamt 40 Kommunen (kreisfreie und kreisangehörige Städte) dabei, kommunale Präventionsketten aufzubauen. Ein zentrales Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass notwendige Unterstützung früher und gezielter bei Kindern und ihren Familien ankommt. Der Schwerpunkt der Aktivitäten und ebenso der wissenschaftlichen Begleitung liegt bei Familien und jungen Kindern. In einer Teilstudie der wissenschaftlichen Begleitung zur Inanspruchnahme von Präventionsangeboten durch Familien wird zu Angeboten, die Familien in Risikolagen und akuten Belastungssituationen besser erreichen, festgestellt, dass sie folgende Merkmale haben sollten (Strohmeier et al. 2016, S. 43):

- „Die Zugänge sind nicht oder nur wenig ressourcenabhängig
- Die Angebote sind mit Blick auf das Kind problemlösungs- bzw. ausgleichsorientiert
- Sie sind niedrigschwellig
- Sie sind in konkrete lebensweltliche Bezüge eingebunden
- Sie arbeiten sozialraumorientiert, d.h. dort, wo Familien leben.“

Dies sind deutliche Hinweise auf Merkmale der Arbeit der OKJA, die aber zumindest zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht Gegenstand von Untersuchungen im Rahmen von KeKiz ist.

Im Folgenden wird eines der wenigen Praxisbeispiele dargestellt, die im Rahmen des Programms KeKiz dokumentiert wurden. Das Besondere an diesem Beispiel ist weniger der Projektinhalt als die Initiierung des Projekts durch das kommunale Jugendamt.

Praxisbeispiel: Pädagogische Hausaufgabenbetreuung im Jugendzentrum Hüsten

Die Pädagogische Hausaufgabenbetreuung für Schüler_innen ab der vierten Klasse ist ein niederschwelliges, kostenfreies Angebot im städtischen Jugendzentrum Hüsten. Es wurde vom Jugendamt der Stadt Arnsberg initiiert. Kooperationspartner ist die Arnsberger Tafel e. V.

Sozialraumgespräche hatten im Jahr 2010 eine Gruppe Jugendlicher mit sozialen und familiären Problemlagen identifiziert, für die es bisher kein angemessenes Angebot zur Unterstützung beim außerschulischen Lernen gab. Das Angebot richtet sich entsprechend an Schüler_innen, die in schulisch angebotenen Hausaufgabengruppen nicht passend gefördert werden können bzw. einen engen Austausch innerhalb des beteiligten Helfersystems benötigen, um sich im System Schule zurecht finden zu können. Vorrangig werden Schüler_innen auf Empfehlung des Allgemeinen Sozialen Dienstes (Hilfen zur Erziehung) aufgenommen; ebenso kann der Zugang durch eine Empfehlung der Schule oder auf Wunsch der Eltern erfolgen.

Kleine Arbeitsgruppen mit fünf Jugendlichen sollen eine angenehme Lernatmosphäre schaffen und sozialer Ausgrenzung vorbeugen, die manche bereits in anderen Gruppenkontexten erlebt hatten. In enger Zusammenarbeit mit Schule und Eltern wird eigenständiges Lernen trainiert. Ebenso wird der Übergang zur sinnvollen Freizeitgestaltung im Jugendzentrum nach der pädagogischen Hausaufgabenbetreuung erleichtert.

Quelle: <http://www.kein-kind-zuruecklassen.de/praxis/gute-praxis/detail/artikel/paedagogische-hausaufgabenbetreuung.html>

Das zweite Programm zur Unterstützung kommunaler Präventionsketten in NRW ist das Programm *Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut*. Im Rahmen dieses Programms werden 39 kommunale Jugendämter aus dem Rheinland beim Auf- und Ausbau von Netzwerken gegen Kinderarmut unterstützt. Neben der Vernetzung von Angeboten und Akteur_innen geht es auch um die direkte Verbesserung der Situation der betroffenen jungen Menschen durch Zugang und Nutzung bestehender Bildungs-, Sozial-, Kultur- und Freizeitangebote. Faktisch liegt aber auch in diesem Programm der Schwerpunkt auf (früher) Kindheit und Familien.

Auf einem Diskussionsforum mit Jugendpfleger_innen, denen am 10.11.2016 die Entwicklungen in NRW hin zu kommunalen Präventionsketten vorgestellt wurden, wurden Risiken, Stolpersteine und Chancen solcher Ansätze für die Jugendarbeit diskutiert (vgl. Mavroudis 2016). Es wurde u. a. kritisch darauf hingewiesen, dass

Offene Kinder- und Jugendarbeit und Prävention

Möglichkeiten und Grenzen

- Kinder- und Jugendarbeit auch Prävention ‚mache‘, aber in erster Linie ein offenes, freizeitpädagogisches Angebot sei und der Zugang über Prävention Folgen für die Haltung habe, mit der man Kindern und Jugendlichen begegnet, weil Prävention eine Gefährdung impliziere;
- zu befürchten sei, dass der Ausbau der Prävention zu Lasten der Jugendarbeit gehe, weil Ressourcen verschoben würden;
- Ressourcen besser investiert wären, würden sie in die strukturelle Absicherung der Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien anstatt in neue programmbezogene Vernetzungen einfließen;
- Angebote der Jugendförderung zum Teil auch aus Unkenntnis heraus nicht im Blick der Akteur_innen in den Präventionsketten seien.

Unter der Überschrift *Chancen* wurde u. a. Folgendes hervorgehoben:

- Kinder- und Jugendarbeit zeichne sich durch Qualitäten wie Vernetzung, lebenslagenorientierte Zugänge und kooperatives und beteiligungsorientiertes Arbeiten aus. Das seien wichtige Elemente für Präventionsketten.
- Kinder- und Jugendarbeit sei „nah dran“ an Kindern und Jugendlichen und ihren Lebens- und Problemlagen, zum Beispiel was Benachteiligungen bzw. Teilhabeeinschränkungen betrifft.
- Prävention trage zur Resilienz bei und stärke Kinder und Jugendliche, auch schwierige Lebensbedingungen besser zu bewältigen. Befähigungskompetenzen fördern heißt praktische Lebenshilfe leisten.

Jugendpfleger_innen sind in den kommunalen Jugendämtern für die Planung, Konzeptualisierung und Steuerung von Angeboten der OKJA zuständig. In dieser Rolle könnten sie auch mehr Einfluss auf die Gestaltungsprozesse hin zu Präventionsketten nehmen. Obwohl die Koordinationsstellen kommunaler Präventionsketten in der Mehrzahl bei den Jugendämtern angesiedelt sind (vgl. Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW 2015, S. 15), lässt sich nicht erkennen, dass darüber eine stärkere strukturelle Beteiligung der OKJA gewährleistet ist. Hintergrund dürfte sein, dass diese Stellen in anderen Fachabteilungen (wie z. B. Soziale Dienste) und nicht in der Jugendförderung mit der Zuständigkeit für die OKJA verortet sind.

Zwar wird im Kinder- und Jugendförderplan des Landes NRW (KJFP) ein Schwerpunkt auf die Prävention von Benachteiligungslagen durch die Kinder- und Jugendarbeit gelegt, aber anders als bei der Etablierung von Bildungslandschaften (vgl. nachfolgendes Kapitel) formuliert das Land hier nicht, dass es seine Aufgabe darin sieht, hierfür „den notwendigen politischen Rahmen zu gestalten und Fördermittel bereitzustellen“ (vgl. Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW 2013, S. 4).

4.2 Bildungslandschaften

Eine Bildungslandschaft ist ein bildungs- und jugendpolitisches Konzept der Vernetzung von Bildungseinrichtungen auf der kommunalen Ebene. Bildung bezieht sich sowohl auf formale Bildungsprozesse wie z. B. in Schulen wie auch auf nonformale und informelle Bildungsprozesse z. B. in Sportvereinen und Jugendeinrichtungen. Schule und Jugendhilfe sind die zentralen Institutionen im Konzept Bildungslandschaft, wobei die staatliche Schule nur begrenzt über die kommunale Ebene gesteuert werden kann. Das Konzept der Bildungslandschaft ist eng verknüpft mit der Diskussion um eine chancengerechte Bildung und der Verbindung von Bildung und Betreuung in der Ganztagschule (vgl. Bollweg/Otto 2011, S. 13-14). Vor diesem Hintergrund ist auch die OKJA Teil des Konzepts der Bildungslandschaft (vgl. Lindner 2011; Deinet/Icking 2011).

In NRW wird seit dem Jahr 2008 sukzessive das Programm *Regionale Bildungsnetzwerke* (RBN) umgesetzt; mit 50 der 53 Kreise und kreisfreien Städte hat das Land NRW mittlerweile Kooperationsverträge abgeschlossen. Das Land nennt die RBN eine staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft und fördert kommunale Bildungsbüros, die die Kooperation der Bildungsakteur_innen zusammen mit Lenkungskreisen und Bildungskonferenzen systematisch und dauerhaft fördern. In einer Evaluation zu den RBN ist die OKJA als Bildungspartner nicht erkennbar; sie wird unter *Jugendhilfe* subsumiert und lässt keine Differenzierung zwischen Kita, Schulsozialarbeit und OKJA zu (vgl. Rolff 2014). Kritisch wird eine Äußerung festgehalten, nach der nicht-schulische Akteure zu wenig einbezogen sind (vgl. Rolff 2014, S. 42).

In einer weiteren Evaluation zu Bildungslandschaften mit dem Fokus auf OKJA wird ebenfalls auf die RBN eingegangen. Die Schullastigkeit des Programms verdeutlicht das folgende Zitat:

„Die Aussagen der Befragten aus den Bildungsbüros lassen sich dahingehend interpretieren, dass sie die Schule als die Instanz ansehen, die den Bildungsweg maßgebend strukturiert. Alle anderen Bildungsinstanzen können aus dieser Sichtweise nur schulunterstützend oder -begleitend wirken. Sie befördern Lernprozesse, wirken stabilisierend oder auch korrigierend, haben aber letztlich ihre Ansätze und Angebote den durch die Schule bestimmten Inhalten und strukturellen Vorgaben anzupassen. Auch dort, wo die Kinder- und Jugendarbeit bei der Entwicklung von Regionalen Bildungsnetzwerken beteiligt wird (oder werden soll), geht es nicht um deren eigenständigen Begriff von Bildung und um zweckfreies Lernen, sondern darum, vorgegebene formale Bildungswege für Kinder und Jugendliche leichter und problemloser begehbar zu machen.“ (Sass 2015, S. 255)

Das Zitat ist dem Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung zum Projekt *Bildung(s)gestalten – Offene Kinder- und Jugendarbeit und Familienbildung gestalten Bildungslandschaften* der Arbeitsgemeinschaft Offene Türen Nordrhein-Westfalen (AGOT) entnommen. Ziel dieses Projektes ist es, Bildungsprojekte der OKJA als Teil der Bildungslandschaft sichtbar zu machen. In einer Reihe von vorgestellten Praxisprojekten werden die Arbeitsansätze der OKJA insbesondere in der Arbeit mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen verdeutlicht. Die beteiligten Fachkräfte betonen aber ausdrücklich, dass sie den defizitären Blick auf die Zielgruppe ablehnen, weil insbesondere Jugendliche ein feines Gespür für paternalistische Denk- und Handlungsweisen hätten und entsprechende Angebote meiden würden (vgl. Sass 2015, S. 201).

Im Folgenden wird aus diesem Abschlussbericht ein Beispiel dokumentiert, das den Kooperationsansatz verdeutlicht. Beteiligt sind nicht nur Jugendeinrichtungen, sondern auch ein Sportverein und die Schulsozialarbeit der Schule, deren Schulhof genutzt wurde.

Praxisbeispiel: Ferien auf dem Schulhof (Bonn)

„Das Projekt richtete sich an junge Bewohner_innen der Bonner Stadtteile Auerberg und Tannenbusch, die in den Sommerferien nicht die Möglichkeit haben, zu verreisen. Es handelt sich um ein klassisches Projekt der Jugendarbeit (Ferienspiele), mit dem eine Angebotslücke in diesen ökonomisch benachteiligten Sozialräumen geschlossen wurde. Insgesamt wurde das zweiwöchige Angebot von ca. 150 Kinder und Jugendlichen (6 bis 14 Jahre) genutzt. Eine Besonderheit dieses Projektes war, dass die Projektkoordinatorin von einer Gruppe aus sieben jugendlichen Teamer_innen (17 bis 23 Jahre) unterstützt wurde, die für diesen Einsatz ausgebildet wurden und ein kleines Honorar erhielten. Ziel des Projekts war, den Schulhof einer Hauptschule als öffentliche Spielfläche zu erschließen. Hierzu wurden verschiedene Spiel- und Bastelangebote gemacht (Fußball, Verstecken, Gipsmasken modellieren, Freundschaftsbändchen knüpfen, Artistik üben etc.). Ergänzt wurde das Angebot durch Lagerfeuer und gemeinsames Essen. Die Ferien auf dem Schulhof waren ein Kooperationsprojekt der Jugendfarm Bonn e. V., des Jugendzentrums *Uns Huus*, der Schwimm- und Sportfreunde Bonn 1905 e. V. und der Schulsozialarbeit der KHS St. Hedwig und wurden mit zusätzlichen Mitteln des Landesjugendplans des Landes NRW gefördert.“ (Sass 2015, S. 203)

Das Projekt der AGOT ist Teil der Förderposition *Kinder- und Jugendarbeit in kommunalen Bildungslandschaften* im Kinder- und Jugendförderplan (KJFP) des Landes NRW (vgl. Kapitel 2.2). Ziel dieser Förderposition ist der qualitative und quantitative Ausbau der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Bildungsakteur_innen einschließlich der Kinder- und Jugendarbeit. Das Projekt *„Wir hier“ – Jugendverbände und Jugendringe in kommunalen Bildungslandschaften* des Landesjugendrings Nordrhein-Westfalen ist in diesem Rahmen ein weiteres Projekt. Die Planungs- und Steuerungsverantwortung für nachhaltige Bildungslandschaften im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit liegt bei der kommunalen Jugendpflege. Um die Jugendämter dabei zu unterstützen, wurde im Jahr 2015 aus dem KJFP NRW die Förderinitiative *Praxisentwicklungsprojekte Kommunale Bildungslandschaft der kommunalen Jugendpflege* ins Leben gerufen. An dem Projekt sind sieben Jugendämter aus Nordrhein-Westfalen beteiligt.

Ein Produkt der Bildungslandschaften ist die kontinuierliche Bildungsberichterstattung, die allerdings erst in wenigen Kommunen Praxis ist (vgl. Rolff 2014, S. 52). Der Kreis Lippe ist beispielhaft für die Berücksichtigung der OKJA. Unter der Überschrift *non-formale Lernwelten* werden quantitativ und qualitativ Angebote und Leistungen der OKJA kurz beschrieben.

4.3 Zwischenfazit

Einrichtungen und Angebote der OKJA werden sowohl in Präventionsnetzwerken als auch in Bildungsnetzwerken nicht ausreichend wahrgenommen. Hintergründe dessen können sein, dass Prävention sinnvollerweise möglichst früh im Lebenslauf ansetzt, d. h. in der frühen Kindheit. Dadurch gerät die OKJA mit der Zielgruppe der älteren Kinder und Jugendlichen erst spät in den Blick. Bildungsprozesse der OKJA sind nonformal und informell; anders als schulische Bildung lassen sie sich hinsichtlich der Ziele und Wirkungen nur schwer darstellen und wahrnehmen. Andererseits werden auch seitens der OKJA Bedenken gegenüber der Integration in Präventions- und Bildungsnetzwerke geäußert. Zugespitzt ausgedrückt, bestehen nach wie vor Vorbehalte gegenüber einer Vereinnahmung der OKJA als Hilfsschule oder sozialpolitisches Projekt.

5 Fazit und Handlungsempfehlungen

Die OKJA zeichnet sich durch offene und niedrigschwellige Angebote im Bereich Freizeit, Sport, Kultur und Bildung aus, die in überdurchschnittlichem Maße von benachteiligten Kindern und Jugendlichen aus einkommens- und bildungsärmeren Familien genutzt werden. Schon unter diesem Aspekt zeigt sie präventives Potential. Im wissenschaftlichen Diskurs der OKJA stößt Prävention allerdings auf erhebliche Bedenken, weil der Präventionsbegriff hier vorwiegend negativ im Sinne des Verhinderns von Risiken und Gefährdungen gesehen wird. Damit fällt es leicht, Prävention als mit den Arbeitsprinzipien der OKJA unvereinbar darzustellen. Produktiver ist es, von einem Präventionsbegriff auszugehen, der Prävention weniger im Sinne des Vermeidens von Defiziten versteht, sondern vielmehr im Sinne des Ermöglichens und Befähigens. Mit einem solchen Verständnis von Prävention, die das Ziel hat, junge Menschen bei ihrer Entwicklung zu unterstützen und ihre Befähigung zur Lebensbewältigung zu stärken, lässt sich die OKJA theoretisch mit Prävention verbinden. Auch die OKJA versteht sich als unterstützende und fördernde Struktur, die Lebensentwürfe nicht präferieren, sondern ermöglichen will und die nicht etwas verhindern, sondern positiv befähigen will. Vor diesem Hintergrund wurden Handlungsfelder der OKJA näher beleuchtet, um Hinweise auf präventive Potentiale zu gewinnen.

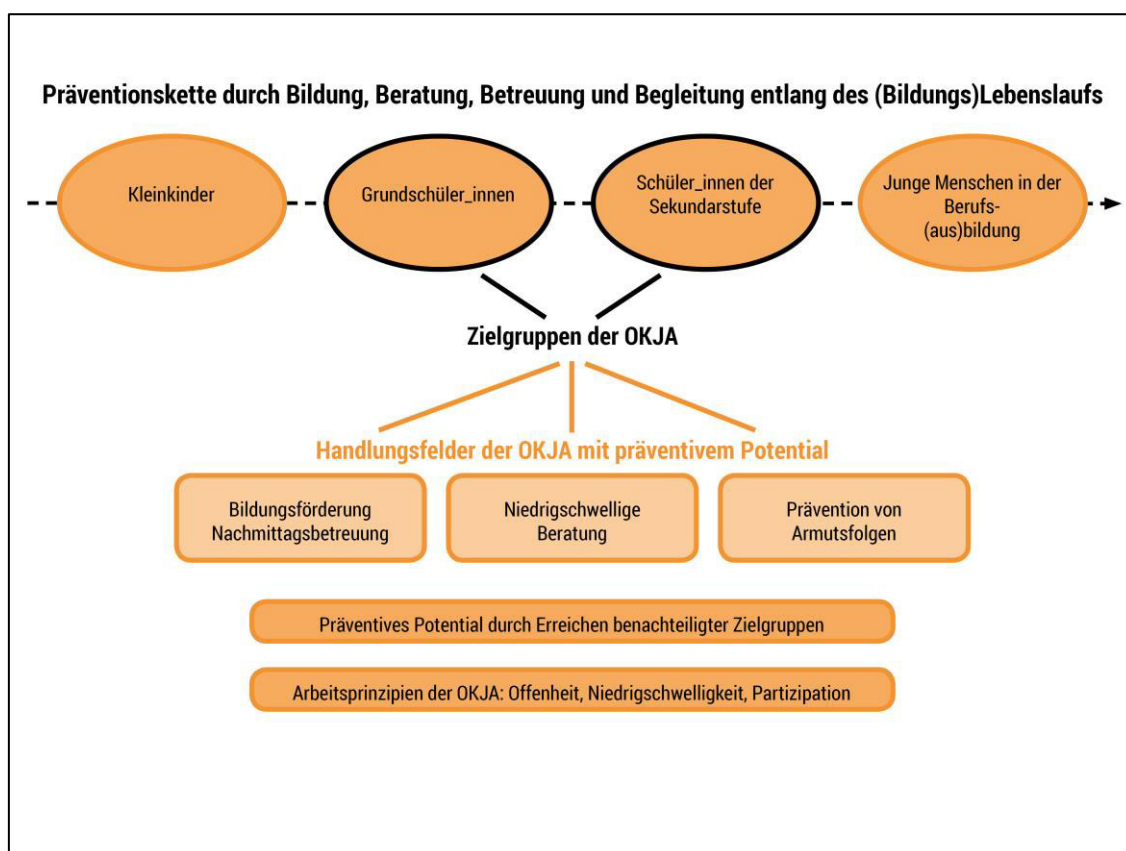
Im Handlungsfeld *OKJA und Bildung bzw. Schule* verfügt die OKJA über ein nicht an Defiziten und Devianz orientiertes sozialpädagogisches Bildungs- und Erziehungsverständnis, das die Alltagswelt und die Lebenslagen insbesondere der benachteiligten Kinder und Jugendlichen anerkennend berücksichtigt. In der Praxis lassen sich Hinweise darauf erkennen, dass es der OKJA durchaus gelingen kann, ihre Ziele und Arbeitsweisen auch in der Kooperation mit Schulen umzusetzen und ihr eigenes Profil zu entwickeln. Von Bedeutung ist aber auch, dass die OKJA unabhängig von der Kooperation mit der Ganztagschule nach wie vor ein eigenständiges Angebot der Nachmittagsbetreuung mit Mittagessen, Schulunterstützung und Freizeitangebot vorhält. Sie wird vor allem von Schüler_innen genutzt, die aus unterschiedlichen Gründen von der Ganztagschule nicht erreicht werden. Es gibt Hinweise darauf, dass die OKJA hier eine vorhandene soziale Selektivität zumindest der offenen Ganztagsangebote an der Schule in diesem Sinne strukturell kompensiert.

Individuelle Beratung der Kinder und Jugendlichen, die das Jugendzentrum besuchen, steht von der Grundkonzeption der OKJA her nicht im Fokus der Arbeit. In der Praxis der OKJA ist aber die niedrigschwellige und auf Alltagsprobleme bezogene Beratung weit verbreitet. Die Beratungsarbeit basiert stark auf dem in der Regel sehr vertrauensvollen Verhältnis der Fachkräfte zu den Besucher_innen. Dies dürfte eine wesentliche Grundlage dafür sein, dass diese um Beratung ersuchen, auch vertrauliche Informationen weitergeben und so persönliche Problematiken angesprochen und bearbeitet werden können. Der Beratungsbedarf hängt möglicherweise auch damit zusammen, dass die OKJA überproportional Kinder und Jugendliche aus marginalisierten Soziallagen erreicht. Sie kann hier präventive Wirkung entfalten; diese Wirkung wird aber ge-

fährdet, wenn Prävention zu stark im Vorfeld des Klientensystems der Hilfen zur Erziehung verortet würde. Die Vertrauensbasis zu den Fachkräften würde dadurch gestört und der Beratungserfolg in Frage gestellt.

Die *Bearbeitung von Armutsfolgen* wurde als ein Handlungsfeld der OKJA identifiziert, das weder im Fachdiskurs der OKJA noch in Forschungsprojekten bislang genügend Beachtung findet. Dabei sind Kinder und Jugendliche überdurchschnittlich oft von materieller Armut betroffen. Ihre Lebenslage ist nicht nur geprägt von Einschränkungen der materiellen Grundversorgung (Essen, Kleidung, Wohnen), sondern auch von fehlenden Lern-, Erfahrungs- und Erholungsmöglichkeiten, schwächeren sozialen Netzwerken und gesundheitlichen Problemen. Die Angebote der OKJA sind ein Baustein der von Armutsforscher_innen geforderten Weiterentwicklung der Infrastruktur, um die Kinder und Jugendlichen und ihre Familien bei der Bewältigung dieser Lebenslage zu unterstützen und vor allem einen Ausgleich für den beschränkten Zugang zu materiellen wie immateriellen Ressourcen herzustellen. Vor allem in den Großstädten erreichen die Einrichtungen der OKJA viele arme Kinder und Jugendliche. Sie sichern häufig die materielle Grundversorgung mit einem warmen Essen und ermöglichen darüber hinaus Teilhabe an Sport-, Freizeit-, Kultur- und Bildungsangeboten.

Abbildung 1: Handlungsfelder der OKJA mit präventivem Potential in der Präventionskette



In NRW wurden in den letzten Jahren in vielen Kommunen Präventionsnetzwerke aufgebaut, um durch die Vernetzung und Ergänzung bestehender Präventionsangebote ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen und herkunftsbedingte soziale Ungleichheiten auszugleichen. In sogenannten Präventionsketten wird die gesamte (Bildungs-)Biographie von der Geburt bis zum Jugendalter in den Blick genommen.

Einrichtungen und Angebote der OKJA sind in Präventionsnetzwerken bislang nicht ausreichend integriert, obwohl sie mit ihrem eigenen Profil ein wichtiger Bestandteil der Präventionskette sind. In Abbildung 1 wird nochmals im Überblick gezeigt, auf welchen Grundlagen die OKJA arbeitet und wie sie mit ausgewählten Handlungsfeldern mit präventivem Potential in der Präventionskette verortet ist.

Dennoch müssen auch die Grenzen der Perspektive beachtet werden, die OKJA vorrangig unter dem Blick von Prävention und vorbeugender Sozialpolitik zu sehen. Die Gefahr liegt vor allem darin, dass die politische Akzeptanz von Kinder- und Jugendarbeit zunehmend an die Bearbeitung sozialer Benachteiligungen und aktueller gesellschaftliche Problemlagen gebunden wird und ihr verstärkt kompensatorische Aufgaben zugeschrieben werden. „Der Ansatz, alle Kinder und Jugendliche in ihre Angebote einzubeziehen und durch soziale Vielfalt, gegenseitige Förderung, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Selbstorganisation zu ermöglichen, wird dadurch unterlaufen“ (AGJ 2011, S. 1-2). Die OKJA muss sich dieser Diskussion stellen und sich „ihre Möglichkeiten und Grenzen vor Augen führen. Weder sollte sie ihre Leistungen unterschätzen noch sollte sie in die Falle geraten, uneinlösbare Präventionsversprechen zu machen“ (Seckinger et al. 2016, S. 23). Auch die Autor_innen des 10. Kinder- und Jugendbericht NRW betonen, dass die Grundorientierungen der OKJA trotz veränderter Anforderungen zu erhalten sind (Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW 2016, S. 182).

Aus den Ergebnissen der Studie können die folgenden Handlungsempfehlungen abgeleitet werden:

(1) Der Fachdiskurs zum Thema Prävention wird in der OKJA kontrovers geführt. Es bestehen Sorgen in Bezug auf eine mögliche Indienstnahme der OKJA für gesellschaftliche Zwecke, die mit den Zielen und Arbeitsweisen der OKJA nicht übereinstimmen würden. Insbesondere mit Blick auf die prekäre Lebenslage vieler Kinder und Jugendlicher sollte sich die OKJA jedoch mehr der Diskussion zuwenden, wie sie die grundlegende Präventionsidee des Abwendens von Beschädigungen, oder positiv gesprochen die Idee des ‚guten‘ Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen, mit ihren spezifischen Zielen, Methoden und Arbeitsweisen verbinden kann.

(2) Angewandte Forschung bzw. Evaluationsforschung wird in Teilen der OKJA eher skeptisch betrachtet und steht leicht unter dem Vorbehalt, damit würde dem Legitimationsdruck z. B. seitens der Politik nachgegeben. Zudem sei es schwer, die Ansätze etwa informeller Bildungsprozesse in diesem Sinne zu erfassen und zu bewerten. Dennoch ist es notwendig, dass die OKJA über vereinzelte Evaluationsstudien hinaus stärker systematisch untersucht wird und wie in der

empirischen Bildungsforschung mit quantitativen Erhebungs- und Auswertungsverfahren methodisch abgesichertes Wissen im Feld erzeugt wird. Damit könnten auch die (präventiven) Wirkungen der OKJA begründeter als bisher dargestellt werden.

(3) Die Nachmittagsbetreuung für Schulkinder und die schulergänzenden Angebote werden vor allem, wenn sie außerhalb der Ganztagsшкоolkooperation im Rahmen des ‚Alltagsbetriebs‘ der Einrichtung stattfinden, wenig beachtet. Sie müssen ebenso wie die niedrigschwellige Beratungsarbeit stärker sichtbar gemacht werden. Dabei ist sicher zu beachten, dass sich diese Leistungen nur begrenzt in Teilnehmer - und Fallzahlen darstellen lassen.

(4) Die Angebote für arme Kinder und Jugendliche und die Leistungen der OKJA zur Prävention von Armutfolgen sind nicht gesichert gefördert. Insbesondere für den normalerweise von den Eltern gezahlten Eigenbeitrag zu Mittagessen, Ausflügen und sonstigen Freizeitangeboten müssten für die Einrichtungen Mittel zu Verfügung stehen, damit sie diese nicht regelmäßig mit hohem Aufwand bei unterschiedlichsten Quellen einwerben müssen.

(5) Der niedrigschwellige Ansatz der OKJA, ihre Verankerung in den Sozialräumen der Kinder und Jugendlichen und ihre sozialpädagogische Kompetenz, benachteiligte Kinder und Jugendliche nicht als Problem- und Risikogruppe zu adressieren, könnte beispielgebend für alle Präventionsangebote sein, die damit ihre Adressat_innen auch besser erreichen könnten. Vor diesem Hintergrund sollte die OKJA in der kommunalen Präventions- und Bildungsarbeit stärker wahrgenommen und integriert und ihre Leistungen z. B. in kommunalen Berichten sichtbar gemacht werden.

(6) Die OKJA besteht aus unterschiedlichen Einrichtungen bei unterschiedlichen Trägern. Die Einrichtungen der freien Träger sind auf Landes- und Bundesebene und teilweise auf kommunaler Ebene als Arbeitsgemeinschaften offene Tür (AGOT) zusammengeschlossen. Es fehlen aber gemeinsame Organisationen, die auch die kommunalen Einrichtungen einschließen. Solche Zusammenschlüsse würde die Vertretung in Netzwerkgruppen zu Bildungslandschaften und Präventionsnetzwerken erleichtern.

(7) Für die Planung und Steuerung der Jugendarbeit in der Kommune sind Fachabteilungen der Jugendämter und Jugendpfleger_innen als einrichtungsübergreifende Fachkräfte zuständig. Sie sollten in die Gestaltungsprozesse hin zu Präventionsketten und Bildungslandschaften eingebunden werden bzw. von sich aus den Kontakt zu kommunalen Koordinierungsstellen suchen.

(8) Der Kinder- und Jugendförderplan des Landes ist ein wichtiges Planungsinstrument für die OKJA. Ähnlich wie bei den Bildungslandschaften sollte die Neufassung des Plans ab 2018 für die kommunalen Präventionsnetzwerke einen politischen Rahmen setzen und hier einen eigenständigen Förderbereich ausweisen.

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) (2011): Kinder- und Jugendarbeit unter Gestaltungsdruck. Zur Notwendigkeit, Angebote der Kinder- und Jugendarbeit zu erhalten und weiter zu entwickeln. Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2011/Kinder_Jugendarbeit.pdf (Zugriff: 24. März 2017).
- Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e. V. (2014): Offene Kinder- und Jugendarbeit. Grundsätze und Leistungen, www.agjf.de/tl_files/Bilder/Downloads/AGJF-Broschue-re-web.pdf (Zugriff: 25. Sep. 2016).
- Baier, Florian (2013): Schulsozialarbeit und Offene Kinder- und Jugendarbeit. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Handbuch offene Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden: Springer VS, S. 401-408.
- Bernzen, Christian (2013): Rechtliche Grundlagen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Bundes- und Landesrecht. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Handbuch offene Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden: Springer VS, S. 617-628.
- Bettmer, Franz/Sturzenhecker, Benedikt (2013): Einzelarbeit und Beratung. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Handbuch offene Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden: Springer VS, S. 421-426.
- Böhnisch, Lothar (2013): Die sozialintegrative Funktion der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Handbuch offene Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden: Springer VS, S. 3-9.
- Böhnisch, Lothar (2016): Lebensbewältigung. Ein Konzept für die Soziale Arbeit, Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Böllert, Karin (2015): Kinder- und Jugendhilfe in der Weiterentwicklung. Fachliche und strukturelle Herausforderungen vor dem Hintergrund der Stärkung präventiver Ansätze. Expertise zum 10. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung NRW, <https://www.mfkjks.nrw/sites/default/files/asset/document/10-kjbnrw-expertise-boellert.pdf> (Zugriff: 20. Feb. 2017).
- Bollweg, Petra/Otto, Hans-Uwe (Hrsg.) (2011): Räume flexibler Bildung. Bildungslandschaft in der Diskussion, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bundesjugendkuratorium (2001): Zukunftsfähigkeit sichern! Für ein neues Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe, Berlin, http://www.bundesjugendkuratorium.de/pdf/1999-2002/bjk_2001_stellungnahme_zukunftsaehigkeit_sichern.pdf (Zugriff: 20. Jan.2017).

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): 12. Kinder- und Jugendbericht. Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule, www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/12-Kinder-und-Jugendbericht.pdf (Zugriff: 25. Sep. 2016).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/15-Kinder-und-Jugendbericht.pdf (Zugriff: 01. März 2017).
- Cloos, Peter/Königeter, Stefan/Müller, Burkhard/Thole, Werner (2009): Die Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Deinet, Ulrich (Hrsg.) (1997): Schule aus – Jugendhaus. Ganztagskonzepte und Kooperationsmodelle in Jugendhilfe und Schule, Münster: Votum.
- Deinet, Ulrich (Hrsg.) (2009): Sozialräumliche Jugendarbeit. Grundlagen, Methoden, Praxiskonzepte, 3. überarbeitete Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Deinet, Ulrich (2011): Sozialräumliche Jugendarbeit und Gemeinwesenarbeit: Schwestern, aber keine Zwillinge!. In: *sozialraum.de* (3) 1/2011, <http://www.sozialraum.de/sozialraeumliche-jugendarbeit-und-gemeinwesenarbeit.php> (Zugriff: 09. Feb. 2017).
- Deinet, Ulrich/Icking, Maria/Leifheit, Elisabeth/Dummann, Jörn (2010): Jugendarbeit zeigt Profil in der Kooperation mit Schule, Opladen: Barbara Budrich.
- Deinet, Ulrich/Icking, Maria (2008): Die Entwicklung kommunaler Qualitäts- und Wirksamkeitsdialoge. In: Deinet, Ulrich/Szlapka, Marco/Witte, Wolfgang (Hrsg.): Qualität durch Dialog. Bausteine kommunaler Qualitäts- und Wirksamkeitsdialoge, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 15-112.
- Deinet, Ulrich/Icking, Maria (2011): Jugendarbeit als Brücke zu Bildung im öffentlichen Raum. In: Bollweg, Petra/Otto, Hans-Uwe (Hrsg.): Räume flexibler Bildung. Bildungslandschaft in der Diskussion, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 71-85.
- Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.) (2013): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden: Springer VS.
- Deinet, Ulrich/Icking, Maria/Nüsken, Dirk/Schmidt, Holger (2017): Potentiale der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Innen- und Außensichten, Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Deinet, Ulrich/Thomas, Sophie/Muscutt, Christina/Icking, Maria/Scholten, Lisa/Walter, Daniela (o. J.): Evaluation der Projekte der Förderposition 1.1.2. (KJFP) in Hinblick auf die Weiterentwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Unveröffentlichter Abschlussbericht Hochschule Düsseldorf, Düsseldorf: HSD FSPE.

- Deutscher Städtetag (2007): Aachener Erklärung des Deutschen Städtetags anlässlich des Kongresses ‚Bildung in der Stadt‘ am 22./23.11.2007, <http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/veranstalt/2007/58.pdf> (Zugriff: 09. Dez. 2016).
- Ehlert, Gudrun (2006): Im Osten nichts Neues? Perspektiven regionalbezogener Jugendarbeit in Sachsen und Brandenburg. In: Kolhoff, Ludger/Wendt, Peter-Ulrich/Bothe, Iris (Hrsg.): Regionale Jugendarbeit. Wege in die Zukunft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 97-101.
- Galuske, Michael (2002): Flexible Sozialpädagogik. Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit in der modernen Arbeitsgesellschaft, Weinheim und München: Juventa.
- Hamburger, Franz (2008): Einführung in die Sozialpädagogik, 3. Auflage, Stuttgart: Kohlhammer.
- Holz, Gerda (2010): Kommunale Strategien gegen Kinder- und Bildungsarmut. Der Ansatz kindbezogener Armutsprävention, <http://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/113/113> (Zugriff: 27. Jan. 2017).
- Icking, Maria (2010): Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule in der Praxis. Ergebnisse einer Befragung der Kommunen in NRW. In: Icking, Maria/Deinet, Ulrich (Hrsg.): Jugendhilfe und Schule. Analysen und Konzepte für die kommunale Kooperation, Opladen: Barbara Budrich, S. 207-228.
- Icking, Maria (2013): Jugendsozialarbeit und Offene Kinder- und Jugendarbeit. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Handbuch offene Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden: Springer VS, S. 791-796.
- Jordan, Erwin/Maykus, Stephan/Stuckstätte, Eva Chr. (2015): Kinder- und Jugendhilfe. Einführung in Geschichte und Handlungsfelder, Organisationsformen und gesellschaftliche Problemlagen, Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Klemm, Klaus/ Hollenbach-Biele, Nicole (2016): Nachhilfeunterricht in Deutschland. Ausmaß – Wirkung – Kosten. Bertelsmann, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Nachhilfeunterricht_in_Deutschland_160127.pdf (Zugriff: 25. Sep. 2016).
- Kommunalspädagogisches Institut (2010): Abschlussbericht zur Evaluation der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Hamburger Bezirken, <http://www.hamburg.de/contentblob/3381850/10a2966815e52dad0defe1eeb3c15636/data/evaluation-der-offenen-kinder-und-jugendarbeit.pdf> (Zugriff: 15. März 2017).
- Laubstein, Claudia/Holz, Gerda/Seddig, Nadine (2016): Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche. Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland. Bielefeld. Bertelsmann Stiftung, http://www.iss-ffm.de/presse/m_662 (Zugriff: 15. März 2017).

Offene Kinder- und Jugendarbeit und Prävention

Möglichkeiten und Grenzen

- Lindner, Werner (2013): Prävention und andere ‚Irrwege‘ der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Fortsetzung absehbar. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Handbuch offene Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden: Springer VS, S. 359-371.
- Lindner, Werner (2014): Arrangieren: der didaktische Kern der Jugendarbeit. In: Deutsche Jugend 62, Nr. 1, S. 10-18.
- Lindner, Werner (2011): Neues Spiel, neue Chancen? Kinder- und Jugendarbeit in der (kommunalen, lokalen, regionalen) Bildungslandschaft. In: Bollweg, Petra/Otto, Hans-Uwe (Hrsg.): Räume flexibler Bildung. Bildungslandschaft in der Diskussion, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 239-250.
- LVR-Landesjugendamt Rheinland (2017): Präventionsnetzwerke und Präventionsketten erfolgreich koordinieren, Köln: LVR.
- LWL-Landesjugendamt Westfalen/LVR-Landesjugendamt Rheinland (2015): Entwicklungslinien der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Befunde der 6. Strukturdatenerhebung zum Berichtsjahr 2013 für Nordrhein-Westfalen, www.lwl.org/lja-download/fobionline/anlage.php?urlID=12589 (Zugriff: 25. Sep. 2016).
- Mavroudis, Alexander (LVR-Landesjugendamt Rheinland) (2016): Warum Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit ‚natürliche‘ Bestandteile von Präventionsketten sind. Input bei der LVR-Jugendpflegertagung am 10. November 2016 in Bonn, nicht veröffentlicht.
- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW (Hrsg.) (2016): Sozialbericht NRW 2016. Armuts- und Reichtumsbericht, Düsseldorf.
- Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW (2013): Fit für die Zukunft – Gemeinsam Bildung erleben. Kinder- und Jugendförderplan des Landes Nordrhein-Westfalen. KJFP NRW 2013-2017, https://www.mfkjks.nrw/sites/default/files/asset/document/kjfp_2013-2017.pdf (Zugriff: 15. Mai 2017).
- Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW (Hrsg.) (2015): Positionspapier Integrierte Gesamtkonzepte kommunaler Prävention, Düsseldorf, https://www.mfkjks.nrw/sites/default/files/asset/document/positionspapier_integrierte-gesamtkonzepte-praevention_versand.pdf (Zugriff: 07. Feb. 2017).
- Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW (Hrsg.) (2016): 10. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, https://www.mfkjks.nrw/sites/default/files/asset/document/10-kinder-und-jugendbericht_nrw_web_0.pdf (Zugriff: 07. März 2017).
- Olk, Thomas (2009): Transformationen im deutschen Sozialstaatsmodell. Der ‚Sozialinvestitionsstaat‘ und seine Auswirkungen auf die soziale Arbeit. In: Kessl, Fabian/Otto, Hans U. (Hrsg.):

- Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven, Weinheim und München: Juventa, S. 23-34.
- Olk, Thomas/Bathke, Gustav Wilhelm/Hartnuß, Birger (2000): Jugendhilfe und Schule. Empirische Befunde und theoretische Reflexionen zur Schulsozialarbeit, Weinheim und München: Juventa.
- Oskamp, Anke (2013): Kinder- und Jugendarmut. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Handbuch offene Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden: Springer VS, S. 127-134.
- Otto, Hans-Uwe/Rauschenbach, Thomas (2008): Die neue Bildungsdebatte. Chance oder Risiko für die Kinder- und Jugendhilfe? In: Otto, Hans-Uwe/Rauschenbach, Thomas (Hrsg.): Die andere Seite der Bildung. Zum Verhältnis von formellen und informellen Bildungsprozessen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-29.
- Otto, Hans-Uwe/Ziegler, Holger (2012): Impulse in eine falsche Richtung. Ein Essay zur neuen ‚Neuen Steuerung‘ der Kinder- und Jugendhilfe. In: Forum Jugendhilfe 1/2012, S. 17-25.
- Pothmann, Jens (2016): Abbau oder Umbau? Ein Rückgang in der Kinder- und Jugendarbeit mit vielen Fragezeichen. In: komDat Jugendhilfe 2/2016, S. 12-16.
- Pothmann, Jens/Schmidt, Holger (2013): Datenlage zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Bilanzierung empirischer Erkenntnisse. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Handbuch offene Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden: Springer VS, S. 535-548.
- Pothmann, Jens (2011): Möglichkeiten und Grenzen quantitativer Forschung. Vermessungen für die (Offene) Kinder- und Jugendarbeit am Beispiel der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik. In: Schmidt, Holger (Hrsg.): Empirie der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 269-286.
- Prein, Gerald/Rauschenbach, Thomas/Züchner, Ivo (2008): Analysen zur Selektivität von offenen Ganztagschulen. In: Prüß, Franz/Kortas, Susanne/Schöpa, Matthias (Hrsg.): Die Ganztagschule. Von der Theorie zur Praxis. Anforderungen und Perspektiven für Erziehungswissenschaft und Schulentwicklung, Weinheim und München: Juventa, S. 81-97.
- Rätz-Heinisch, Regina/Schröer, Wolfgang/Wolff, Mechthild (2009): Lehrbuch Kinder- und Jugendhilfe. Grundlagen, Handlungsfelder, Strukturen und Perspektiven, Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Rauschenbach, Thomas/Borrmann, Stefan/Düx, Wiebken/Liebig, Reinhard/Pothman, Jens/Züchner, Ivo (2010): Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Eine Expertise, www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/100719_Expertise_Jugendarbeit_2010.pdf (Zugriff: 01. Okt. 2016).

- Rolff, Hans Günter (2014): Auswertung der Evaluationen und Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Regionalen Bildungsnetzwerke (RBN) in NRW. Wissenschaftliche Expertise II, Dortmund, <https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulentwicklung/RegionaleBildNetzwerke/Expertise-II-final.pdf> (Zugriff: 14. Feb. 2017).
- Santen, Eric van/Prein, Gerald (2013): Effekte der Angebotsdichte sozialstaatlicher Leistungen und Angebote auf die soziale Selektivität der Inanspruchnahme. Empirische Hinweise am Beispiel der Angebote Kinderbetreuung und Jugendzentren. In: Zeitschrift für Sozialreform 59, Nr. 1, S. 85-110.
- Sass, Erich (2015): Bericht der wissenschaftlichen Begleitung des Projekts ‚Bildung(s)gestalten‘. Offene Kinder- und Jugendarbeit und Familienbildung gestalten Bildungslandschaften, http://www.forschungsverbund.tu-dortmund.de/fileadmin/Files/Kinder-_und_Jugendarbeit/Bildung_s_gestalten/Bildung_s_gestalten_Bericht_wiss.Begleitung.pdf (Zugriff: 20. März 2017).
- Scherr, Albert/Sturzenhecker, Benedikt (2014): Jugendarbeit verkehrt. Thesen gegen die Abwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch ihre Fachkräfte. In: Deutsche Jugend 62, Nr. 9, S. 369-376.
- Schmidt, Holger (2009): Präventionsansätze für Kinder und Jugendliche im non-formellen und informellen Bildungsbereich. Expertise für die Enquetekommission III ‚zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik in Nordrhein-Westfalen‘ des Landtags von Nordrhein-Westfalen, https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_I/I.1/EK/EKALT/14_EK_III/Expertisen/Expertise-Schmidt.pdf (Zugriff: 20. Feb. 2017).
- Schmidt, Holger (2011): Zum Forschungsstand der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine Sekundäranalyse. In: Schmidt, Holger (Hrsg.): Empirie der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13-127.
- Schwanenflügel, Larissa von (2015): Partizipationsbiographien Jugendlicher. Zur subjektiven Bedeutung von Partizipation im Kontext sozialer Ungleichheit, Wiesbaden: Springer VS.
- Schwanenflügel, Larissa von/Walther, Andreas (2014): Jugendhilfe im Übergang: Anerkennung von Bildungssubjekten oder Cooling-Out von BildungsverliererInnen? In: AGJ (Hrsg.): Gesellschaftlicher Wandel – Neue Herausforderungen für die Jugendhilfe?! Berlin: AGJ, S. 143-157.
- Schwerthelm, Moritz (2015): Förderung gesellschaftlichen Engagements Benachteiligter in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Erfolge und Schwierigkeiten. Zur Evaluation des gleichnamigen Projekts der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Seckinger, Mike/Pluto, Liane/Peucker, Christian/Santen, Eric (2016): Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine empirische Bestandsaufnahme, Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Stadt Essen (2008): Essener Jugendbericht 2008 Band I und II, Beiträge zur Stadtforschung 50, Essen: Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen.

Stadt Frankfurt (2012): Leitlinie zur Weiterentwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA). Beschluss JHA vom 14.05.2012, https://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/LL_JHA-Beschluss_14-5-2012.pdf (Zugriff: 20. März 2017).

StEG-Konsortium (2015): Ganztagssschule 2014/2015. Deskriptive Befunde einer bundesweiten Befragung, Frankfurt a. M./Dortmund/Gießen/München, www.projekt-steg.de/sites/default/files/StEG_Bundesbericht%202015_final_0.pdf (Zugriff: 20. Feb. 2017).

Stegmann, Michael (2000): Replik. Prävention ist keine Jugendarbeit ... aber Prävention ist Bestandteil von Jugendarbeit. In: sozialmagazin 25, Nr. 4, S. 50-55.

Sting, Stephan (2001): Von der Prävention zur sozialen Bildung. In: Mitteilungen LJA WL 149/2001, http://zzz.lwl.org/lja-download/pdf/m149_soziale_Bildung.pdf (Zugriff: 08. Feb. 2017).

Strohmeier, Klaus Peter/Gehne, David H./Bodumil, Jörg/Micosatt, Gerhard/Görtz, Regina von (2016): Die Wirkungsweise kommunaler Prävention. Zusammenfassender Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung des Modellvorhabens ‚Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor‘ (KeKiz) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bertelsmann Stiftung, http://kein-kind-zuruecklassen.de/fileadmin/user_upload/Berichte/Bericht_der_begleitenden_Forschung_Kein_Kind_zuruecklassen_2016.pdf (Zugriff: 08. März 2017).

Sturzenhecker, Benedikt (2000): Prävention ist keine Jugendarbeit. In: sozialmagazin 25, Nr. 1, S. 14-21.

Sturzenhecker, Benedikt (2003): Zum Bildungsanspruch von Jugendarbeit. In: Mitteilungen LJA WL 153/2003, https://www.lwl.org/lja-download/datei-download/Service/zarchiv/mitteilungen/m153/1048159600_4/Sturzenhecker_Zum_Bildungsanspruch_von_Jugendarbeit.pdf (Zugriff: 08. März 2017).

Sturzenhecker, Benedikt (2013): Demokratiebildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Handbuch offene Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden: Springer VS, S. 325–337.

Sturzenhecker, Benedikt/Richter, Elisabeth/Karolczak, Martin (2014): Kooperative Steuerung des Ganztags zwischen Jugendarbeit und Schule. In: Deutsche Jugend 62, Nr. 7-8, S. 297-304.

Thiersch, Hans (2009): Edition soziale Arbeit. Lebensweltorientierte soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel, Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Thole, Werner (2009): Verkannt und unterschätzt – aber dringend gebraucht. Zur Perspektive der Kinder- und Jugendarbeit als pädagogisches Handlungsfeld. In: Lindner, Werner (Hrsg.): Kinder- und Jugendarbeit wirkt, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 323-339.

Thole, Werner/Galuske, Michael (2003): Sozialpädagogik – ‚Jahrhundertprojekt‘ oder ‚Entsorgungsfall‘? In: Zeitschrift für Pädagogik 49/2003, Nr.6, S. 885-902.

Winkler, Michael (2006): Bildung mag zwar die Antwort sein – das Problem aber ist die Erziehung. In: Zeitschrift für Sozialpädagogik 4, Nr. 2, S. 182-201.

Wohlgemuth, Katja (2009): Prävention in der Kinder- und Jugendhilfe. Annäherung an eine Zauberformel, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Zander, Margherita (2012): Warum bewegt sich nur so wenig?! Ein Blick auf die Entwicklung von Kinder- und Jugendarmut als Folge politischer Entscheidungen Vortrag auf der Tagung ‚Arme Kinder im Sozialstaat?! Wege aus der Kinder- und Jugendarmut‘ in Meißen, http://www.armut.de/_downloads/allgemein/Vortrag%20von%20Margherita%20Zander.pdf (Zugriff 27. Jan. 2017).

Zipperle, Mirjana (2015): Jugendhilfeentwicklung und Ganztagschule. Empirische Ergebnisse zu Herausforderungen und Chancen, Weinheim Basel: Beltz Juventa.

Über die Autor_innen



Dr. Maria Icking

Dr. Maria Icking ist Sozial- und Erziehungswissenschaftlerin und Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für sozialraumorientierte Praxisforschung und -entwicklung (FSPE) der Hochschule Düsseldorf. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Jugendarbeit und Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik.



Prof. Dr. Ulrich Deinet

Prof. Dr. Ulrich Deinet ist Professor für Didaktik/Methodik und Verwaltung/Organisation an der Hochschule Düsseldorf und Leiter der Forschungsstelle für sozialraumorientierte Praxisforschung und -entwicklung sowie Mitherausgeber des Online-Journals *Sozialraum.de*. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Kooperation von Jugendhilfe und Schule, Sozialräumliche Jugendarbeit, Sozialraumorientierung und Konzept- und Qualitätsentwicklung.

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW)

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) wurde mit Unterstützung des für Wissenschaft zuständigen Ministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen im September 2014 als eigenständiger, gemeinnütziger Verein mit Sitz in Düsseldorf gegründet. Aufgabe und Ziel des FGW ist es, in Zeiten unübersichtlicher sozialer und ökonomischer Veränderungen neue interdisziplinäre Impulse zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung zu geben und politische Gestaltungsoptionen für die Gewährleistung sozialer Teilhabe in einer sozial integrierten Gesellschaft zu entwickeln. Durch die Organisation innovativer Dialogformate und die Förderung zukunftsorientierter Forschungsprojekte will das Forschungsinstitut die Vernetzung von Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen vorantreiben und den zielgruppengerechten Transfer neuer Forschungsergebnisse gewährleisten.

Weitere Informationen zum FGW finden Sie unter: www.fgw-nrw.de

Der Themenbereich „Vorbeugende Sozialpolitik“

Vorbeugende Sozialpolitik zielt darauf ab, die Entstehung und Verfestigung sozialer Problemlagen durch wirkungsorientierte Interventionen, den Aufbau von „Präventionsketten“ und eine bessere Verzahnung der Regelsysteme nach Möglichkeit bereits im Vorfeld zu verhindern, anstatt die daraus resultierenden Defizite nachträglich zu kompensieren. Zentrale Aufgabe des Themenbereichs „Vorbeugende Sozialpolitik“ des FGW ist es, das in den verschiedenen Handlungsfeldern vorhandene Handlungs- und Erfahrungswissen systematisch zu bündeln und aufzubereiten, die konkreten Spannungsfelder und Dilemmata zu analysieren, innerhalb derer sich vorbeugende Sozialpolitik bewegt, und die Ergebnisse dieser Arbeit in einen fruchtbaren Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft einzuspeisen. Durch die Förderung kleinerer und größerer Forschungsprojekte sowie durch geeignete Dialogformate will der Themenbereich dazu beitragen, für die verschiedenen beteiligten Akteure und Professionen eine gesicherte Wissensgrundlage und einen gemeinsamen Orientierungs- und Bezugsrahmen zu schaffen.

Weitere Informationen zum Profil und zu den aktuellen Aktivitäten des Themenbereichs finden Sie unter:

www.fgw-nrw.de/sozialpolitik
